

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 8 August 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## ***Einsatz im Ausland***

### **In dieser Ausgabe:**

**Beamtenpolitik:**  
Föderalismusreform –  
Kuddelmuddel ohne Ende?

**Gewalt: Fair Play**

**Polizeitage:**  
Nur der Staat hat das Gewaltmonopol

**Salafismus:**

Vogel – Prediger gegen Integration und Demokratie

**Seniorenjournal**

## Föderalismusreform – Kuddelmuddel ohne Ende?



Fachleute in Verwaltung und Wissenschaft, in Bund und Ländern sowie die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten die Politik eindringlich davor gewarnt, die Föderalismusreform I zu verwirklichen.  
**S. 12**

## Fair Play



Um die zunehmende Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken, hat die JUNGE GRUPPE (GdP) die Kampagne „AUCH MENSCH“ ins Leben gerufen.  
**S.16**

## Prediger gegen Integration und Demokratie



Durch die Selbstinszenierung des Ex-Boxers Pierre Vogel bekommt die deutsche Salafia-Bewegung ein Gesicht und gewinnt zunehmend an Popularität.  
**S. 28**

<b>KURZ BERICHTET</b>	<b>2</b>
<b>KOMMENTAR</b> Polizei ist kein Subunternehmen	<b>4</b>
<b>FORUM</b>	<b>4/25</b>
<b>TITEL/AUSLANDSEINSÄTZE</b> Einsatz im Ausland	<b>6</b>
FRONTEX-Einsätze in Orestiada	<b>9</b>
<b>FRAUENGRUPPE (BUND)</b> Bewerben und profitieren!	<b>11</b>
<b>BEAMTENPOLITIK</b> Föderalismusreform – Kuddelmuddel ohne Ende?	<b>12</b>
Wir brauchen die Einheit!	<b>14</b>
<b>GEWALT</b> Fair Play	<b>16</b>
<b>JUNGE GRUPPE (GdP)</b> Castor-Betreuung 2011	<b>17</b>
<b>POLIZEITAGE</b> Nur der Staat hat das Gewaltmonopol	<b>18</b>
<b>ALKOHOL</b> Grenzen gesetzt	<b>20</b>
<b>RECHT</b> Urteil	<b>21</b>
<b>SOMMER-PREISAUSSCHREIBEN</b> Die Gewinner	<b>21</b>
<b>ENERGIEEINSPARUNG</b> Einfach mal schalten	<b>22</b>
<b>VERKEHR</b> Autobahnen im Osten am sichersten	<b>26</b>
<b>SALAFISMUS</b> Vogel – Prediger gegen Integration und Demokratie	<b>28</b>
<b>POLIZEIGESCHICHTE</b> Aufbau und Entwicklung der Polizei nach 1945	<b>36</b>
<b>SENIORENJOURNAL</b>	<b>37</b>
<b>BÜCHER/IMPRESSUM</b>	<b>40</b>



**RHEINLAND-PFALZ:****GdP bei neuem Innenminister**

Zu einem ersten Gedankenaustausch mit dem Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz, traf sich der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut. Begleitet wurde er von Ernst Scharbach, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Rheinland-Pfalz. Die Auswirkung der „Schuldenbremse“ auf die Polizei, Auslandseinsätze der Polizei – insbesondere in Afghanistan – und Gewalt gegen Polizeibeamte waren Themen des Gesprächs. *red.*



*Roger Lewentz, Bernhard Witthaut und Ernst Scharbach (v. l.) nach dem Gespräch im rheinland-pfälzischen Innenministerium*  
*Foto: GdP RP*

**ENERGIEUMSTIEG:****DGB legt umfangreiches Positionspapier vor**

Deutschland hat sich nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima zu einem Weg entschlossen, der in eine grundlegende Neugestaltung der Energieversorgung im eigenen Land führen soll – ein gewaltiges Vorhaben, das Chancen, aber auch Risiken in sich birgt. Wie DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel bereits im April ausführte, gehe es nicht nur um Strom und den Atomausstieg: „Der nötige Kraftakt eines Energieumbaus in Deutschland erfordert Einsicht, Mut und Planbarkeit für Bevölkerung, Industrie und Investoren.“ Die Bundesre-

gierung müsse für Planungs- und Rechtssicherheit sorgen. Eine nachhaltige Energieversorgung müsse umweltverträglich, als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge vom Bürger bezahlbar und besonders für Industrie, Handwerk und Handel jederzeit versorgungssicher gestaltet werden.

Der DGB hat nun seine Positionen zum „Energieumstieg“ in der gleichnamigen Broschüre ausführlich dargelegt. Sie ist über [www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de) zu bestellen oder bei: PrintNetwork pn GmbH, Stralauer Platz 33-34, 10243 Berlin. *red.*

**FRAUENGRUPPE (BUND)****AG Chancengleichheit**

Die AG Chancengleichheit der GdP-Frauengruppe (Bund) setzte Ende Juni ihre Arbeit am Konzept: „Frauen werben, halten, aktivieren und stärken“ fort. Vor dem Hintergrund des steigenden Frauenanteils in der GdP, des Generationenwechsels und der Arbeitsverdichtung in der Polizei soll durch die Arbeit der AG die Mitarbeit und Teilhabe der Frauen gefördert und verbessert werden.

Unter Leitung der Bundesfrauenvor-

sitzenden Dagmar Hölzl und wissenschaftlicher Beratung durch die Soziologin Margaretha Müller wurde über ein GdP-Mentoringprojekt für Frauen diskutiert (s. Seite 11). Außerdem wurde die inhaltliche Ausgestaltung der Gleichstellungstagung für die GdP-Frauenbeauftragten vom 18.-19.10.11 in Potsdam festgelegt. Zu beiden Veranstaltungen werden noch weitere Informationen folgen. *Höl.*

**GDP-NRW:****Neues Landespersonalvertretungsgesetz**

Die GdP in NRW hat das am 29. Juni 2011 vom nordrhein-westfälischen Landtag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, den Linken und einem Abgeordneten der CDU-Fraktion beschlossene neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) als „wichtiges Signal zur Stärkung der Demokratie“ gelobt. „Der öffentliche Dienst steht wegen der Schuldenbremse in den kommenden Jahren vor schwerwiegenden Entscheidungen. Deshalb ist es gut, dass die Beschäftigten in Zukunft mit der Landesregierung und den Kommunen wieder auf Augenhöhe verhandeln können“, sagte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter. „Das neue Mitbestimmungsrecht macht nicht nur den von Schwarz-Gelb 2007 durchgesetzten Kahlschlag rückgängig, sondern es macht die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder zukunftsfähig, weil es auch neue Tatbestände, die bei der Verabschiedung des früheren Mitbestimmungsrechts noch keine Rolle gespielt haben, berücksichtigt.“

Von besonderer Bedeutung sind aus Sicht der GdP:

- die Wiederherstellung des Wahlrechts für die Kommissaranwärterinnen/Kommissaranwärter bei den Personalratswahlen,
- die Abschaffung des undemokratischen Vorstandsprinzips, das zur Verzerrung der Mehrheitsverhältnisse in den Personalräten geführt hatte,
- die Wiederherstellung der Mitbestimmung bei Umsetzungen,
- die Einführung von Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Dienststellenleitern, wenn sie Gerichtsbeschlüsse nicht umsetzen,
- die Einführung einer prozessbegleitenden Mitbestimmung,
- die Wiederherstellung der Mitbestimmung bei möglichen Privatisierungen
- und die Orientierung der Freistellungsmöglichkeiten für die Personalratsvertreter an den Freistellungsregelungen des Betriebsverfassungsgesetzes.

*red.*



## SOZIALPOLITIK – STEUERPOLITIK:

### Vorhaben der FDP

Die Politik – insbesondere die FDP – debattiert über eine Beitragssenkung bei der Rentenversicherung. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften stehen dem kritisch gegenüber. Bei einer Beitragssenkung gibt es für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts zu gewinnen. So bringt eine Senkung um 0,3 Prozentpunkte den Durchschnittsverdienern nur 3,75 Euro mehr pro Monat. Die Beitragssenkung würde aber gleichzeitig mit drastischen Leistungskürzungen für die jetzigen und die künftigen Rentnerinnen und Rentner bezahlt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden nicht real entlastet, weil sie für die weiter entstehenden Rentenlücken sparen müssten.

Ähnlich verhält es sich bei dem angekündigten Steuersenkungsvorhaben der FDP.

Laut Forsa-Umfrage wollen 40 Prozent der repräsentativ Befragten keine Steuersenkung, sondern die Steuermehreinnahmen lieber zum Schuldenabbau nutzen.

Von Steuersenkungen profitieren meist nur Wenige. Rund die Hälfte der privaten

Haushalte zahlt wegen geringer Einkommen keine Lohnsteuer. Auch Normalverdiener haben nichts davon, wenn das gering höhere Netto dann in die höheren Preise für Schwimmbäder o.ä. fließt.

Statt Steuersenkung braucht Deutschland Steuergerechtigkeit. Zum Beispiel auch durch Abschaffung der kalten Progression, durch die die erzielten Lohnerhöhungen durch einen höheren Steuersatz sofort wieder aufgefressen werden. **kör.**

## PRIVATE SICHERHEITSDIENSTE UND POLIZEI:

### Hände weg vom Gewaltmonopol

Das Gewaltmonopol und der Strafverfolgungsanspruch des Staates dürfen nach Worten des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut, nicht durch die private Sicherheitsindustrie gefährdet werden. „Durch Einsparungen in Personalbereich zieht sich der Staat indirekt immer mehr auch von seinen Sicherheitsaufgaben zurück. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte sehen mit zunehmender Sorge, wie insbesondere bei der Wirtschaftskrimina-

lität Aufklärung, Verfolgung und Strafbewehrung den staatlichen Institutionen durch private Sicherheitsunternehmen aus den Händen gleiten“, sagte er auf einer Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem „Behörden Spiegel“ am 13.7.2011 in München.

Auch bei der polizeilichen Aufgabewahrnehmung im Alltag spiele die private Sicherheit eine immer größere Rolle. „Es gibt viele positive Fälle einer funktionierenden Kooperation, aber wir verhehlen nicht, dass auch die aus der Not, der Personalnot bei der Polizei, entstanden sind und entstehen.“

Unbeirrt bleibe die GdP daher bei ihrem Standpunkt, dass privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum keine polizeilichen Befugnisse übertragen werden. Witthaut: „In das hohe Gut der Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger darf nur die Polizei eingreifen. Private Sicherheitskräfte haben im öffentlichen Raum keine anderen Rechte als jeder andere Bürger auch.“

Problematisch sei allerdings, dass der öffentliche Raum ebenfalls zunehmend privatisiert würde, wie zum Beispiel immer größer werdende Einkaufszentren zeigten. Viele Bürger wissen gar nicht, dass dort jemand ein Hausrecht hat und dass dort ihre bürgerlichen Rechte und Freiheiten erheblich eingeschränkt sind (s. auch S. 18). **red.**

## DEUTSCHE HOCHSCHULE DER POLIZEI:

### Mister „Auslandsbeziehungen“ verabschiedet

Nach über 30jähriger Tätigkeit an der Deutschen Hochschule der Polizei, vormals Polizei-Führungsakademie, wurde am 29.6.2011 Regierungsdirektor Wolfgang Häseker (65) aus Münster-Hiltrup durch den Präsidenten der Hochschule, Klaus Neidhardt, in den Ruhestand verabschiedet. Neben dem Vorsitz im Personalrat der Hochschule war er über zwei Jahrzehnte ganz entscheidend mit verantwortlich für die internationale Bildungsarbeit der Hochschule und damit auch für die Arbeit der Polizeien in der Bundesrepublik Deutschland. Geprägt war seine Tätigkeit vor allem durch die deutsche Wiedervereinigung und die damit einhergehenden Veränderungen im früheren Ostblock. In den vergangenen zehn Jahren lag ein Schwerpunkt seiner Arbeit im Netzwerk der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL), dessen Gründung im Jahr 2001 er mit vorbereitet und aufgebaut hat.

**Norbert Reckers**

**Nach der Verabschiedung: Herr und Frau Häseker (Mitte): DHPol-Präsident Klaus Neidhardt (r.) und DHPol-Vizepräsident Wolfgang Birkenstock (l.)**

**Foto: Silvia Herbold**



## Polizei ist kein Subunternehmen

„Bundespolizisten helfen dem Rüstungskonzern EADS bei einem Milliarden-auftrag“, titelte das Magazin STERN und weiter: „Der Bundestag ist bis heute außen vor.“ Selbst schuld, Bundestag, könnte man sagen. Allenfalls auf höfliches Desinteresse stößt seit Monaten die Forderung der Gewerkschaft der Polizei, polizeiliche Auslandseinsätze mindestens ebenso rechtlich fundiert, zentral koordiniert und transparent zu gestalten

wie Einsätze der Bundeswehr. Und zwar alle polizeilichen Missionen, nicht nur die im Rahmen eines internationalen Mandats, sondern auch die bilateralen. So wäre Bundesinnenminister Friedrich die Peinlichkeit erspart, nun den Eindruck zu korrigieren, dass Bundespolizisten als

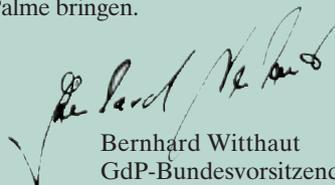
Exporthelfer des deutsch-französischen Rüstungskonzerns missbraucht würden. Er versprach, die vertraglichen Grundlagen zu überprüfen und rechtlich nachzubessern, was auch dringend notwendig ist. Da Saudi-Arabien offenbar die von der Bundespolizei betriebene Ausbildung der heimischen Grenzschützer als Bestandteil des Auftrags zur Modernisierung der Grenzanlagen durch den deutsch-französischen Rüstungskonzern EADS/Cassidian und somit die Bundespolizei als „Subunternehmen“ betrachtet, werden die Bundespolizisten auch so behandelt, was ihre eigene rechtliche Stellung und die Entgegennahme von Aufträgen durch ein Wirtschaftsunternehmen betrifft.

Und genau das ist es, was zu befürchten war. Aus diesem Grund hat die Gewerkschaft der Polizei ein Gesamtkonzept gefordert, das in dieser Ausgabe detailliert dargestellt wird und das Ergebnis gründlicher Analysen und vieler Gespräche ist (s. S. 6).

Es ist absehbar, dass Aufgaben der deutschen Polizei in ausländischen Missionen zunehmen werden. Sie müssen transpa-

rent in der Öffentlichkeit und umfassend in den dafür vorgesehenen Gremien beraten und entschieden werden. Für alle Polizeieinsätze und -einsätze muss der Deutsche Bundestag ein Rückholrecht erhalten (Parlamentsvorbehalt). Die Bundesregierung muss verpflichtet werden, den Deutschen Bundestag über jede Polizeiemission bzw. jeden Polizeieinsatz unverzüglich und umfassend zu informieren. Jegliche Auslandsverwendung deutscher Polizistinnen und Polizisten muss eindeutigen rechtlichen Regelungen auch zum Schutz der Beamtinnen und Beamten unterworfen sein. Die zuständigen Personalräte müssen umfassend informiert werden.

Das sind einige Kernpunkte des GdP-Konzeptes. Die Gewerkschaft der Polizei fordert die Bundesregierung auf, umgehend Art und Umstände der Unterstützung der Bundespolizei in Saudi-Arabien zu untersuchen und offenzulegen. Insbesondere muss geklärt werden, welchen Einfluss EADS auf die praktische polizeiliche Arbeit dort hat. Es wäre ein Skandal, wenn Wirtschaft und Industrie Einfluss auf Polizeieinsätze nähmen. Dem Bundessicherheitsrat, dessen Aufgabe es ist, Rüstungsexporte zu genehmigen und die deutsche Sicherheitspolitik zu koordinieren, untersteht die Deutsche Polizei nicht – auch wenn der Bundesinnenminister Mitglied dieses geheim tagenden Kabinettsausschusses ist, dem übrigens ausgerechnet der Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung 1998 wieder zu mehr Bedeutung verholfen hat. Auch deshalb kann man sich über die aktuelle Empörung der Opposition nur verwundert die Augen reiben. Mit Ausnahme der Linkspartei, die die Panzerlieferungen an Saudi-Arabien als nationalen Sündenfall brandmarkt. Dass diese Lieferungen und die militärische Stärkung Saudi-Arabiens gegen die Bedrohung eines atomar bewaffneten Iran wohl auf ausdrückliche Zustimmung Israels stoßen, mag die Linkspartei inmitten ihres parteiinternen Antisemitismus-Streits besonders auf die Palme bringen.



Bernhard Witthaut  
GdP-Bundesvorsitzender

### Zu: Lesermeinung von D. Kalan, DP 7/11

„... Als letztes möchte ich auf das Vermummungsverbot eingehen. (...) Es ist ja selbstverständlich, dass sich die Polizei keinen Helm (Sturmhaube etc.) anzieht, um Straftaten zu begehen (...). Allerdings ist das Ergebnis dasselbe.“

Diese Meinung begegnet mir im Alltag als Einsatztrainer einer BPH häufiger. Vielleicht sollte hier auch mal festgestellt werden, dass sich geschlossene Einheiten in ihren Einsätzen regelmäßig mit brandgefährlichen Stoffen beschäftigen. Wer solchen Stoffen ausgesetzt ist, bedarf des Arbeitsschutzes – z. B. schwer entflammbarer Materialien in Einsatzanzügen und Brandschutzhauben. Dies ist keine Vermummung – sondern gelebter Arbeitsschutz. Daher ist der Vergleich den Herr Kalan hier zieht nicht mal vom Ergebnis richtig.

Ich empfehle die Lektüre des Arbeitsrechtes. Das Arbeitsschutzgesetz gilt eben auch für Polizeibeamte. Diese befinden sich nämlich in solchen Einsätzen auf der Arbeit und nicht bei der Freizeitgestaltung mit Körperverletzung!

A. Mallepree, Einsatztrainer BPH

### Zu: Lesermeinung von Klaus Pedoth, DP 7/11

Der Artikel von Florian Hoffmann („Gefährliche Eigendynamik“, DP 6/2011, auf den sich Herr Pedoth bezieht – Anmerkg. der Redaktion) ist äußerst lesenswert. Ich habe den Artikel einigen Kollegen empfohlen, sowie nicht Polizeiangehörigen (darunter auch polizeikritische Personen). Die Reaktionen gingen allesamt in die positive Richtung; er wurde zustimmend bewertet.

Nun lese ich in der aktuellen Ausgabe die Meinung von Herrn Pedoth. Er greift sich einige Passagen aus dem Text heraus und bewertet sie – aber ich kann diese Zeilen in keinsten Weise nachvollziehen! Ich selber war am 19. Februar in Dresden im Einsatz, zwar nicht beteiligt an den gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber ich bin als BeSi-Beamter bei der Auswertung des angefallenen Videomaterials (bundesweit) mit Szenen in Berührung gekommen, welche diesen abscheulichen Gewaltexzess zeigten. In einigen Fällen befanden sich Beamte in Lebensgefahr, weil sie massivst angegriffen wurden. Stelle ich nun genau diese Szenen gegenüber



dem letzten Satz von Herrn Pedoth („Nur gut, dass die Zahl der so genannten ‚Wutbürger‘ steigt“), hoffe ich inständig, dass Herr Pedoth mit seiner Interpretation des Wutbürgers, diejenigen Leute meint, welche mittels ihre Stimme (und NUR ihrer Stimme) ihre Meinung äußern.

Was sagt Herr Pedoth eigentlich zur Aussage von Herrn Thierse? Diese Worte („sächsische Demokratie“ etc.) von ‚unserem‘ Bundestagsvizepräsident sind eine schallende Ohrfeige für alle beteiligten Beamten, welche eigentlich postwendend zurückgegeben werden sollte!

Ich möchte hier keine Lanze für die Nazis brechen, im Gegenteil. Ich verachte sie mit all ihren Erscheinungsformen zutiefst! Aber wenn linke Gruppierungen ausrasten, ist die Entrüstung nur kurz. Sie sind ja gegen Nazis – und das ist schon in Ordnung. Deren Rückhalt geht hoch bis in die politischen Häuser. Ein unsäglicher Zustand!

Und es wird ja auch nicht besser. Wie auch? Immer mehr Wutbürger nutzen ja ihren zivilen Ungehorsam als „wesentlichen Bestandteil des bürgerrechtlichen Handelns“ – anstatt das Ding zwischen den Ohren zu nutzen!

*Sascha Nestler, per E-Mail*

### **Zu: Enthemmt bis zum Filmriss, DP 6/11**

Ich bin seit mehr als 10 Jahren Trainer eines Handballvereins im Jugendbereich. „Meine“ Kinder sind jetzt zwischen 16-18 Jahren alt. Natürlich wuchs auch bei ihnen das Interesse am Alkohol. Für unser Vereinsleben haben wir unsere Mädels und Jungs dazu bewegt, auch mit 18 Jahren das Motto „Kein Alkohol im Sport“ für sich als richtig zu empfinden und zu „leben“. Dazu haben wir auch Kampagnen der BZgA und der örtlichen Präventionsstellen genutzt.

Veranstaltungen bei uns, z. B. mehrtägige Camps, Zeltlager, Turnier- und alle Spieltage verlaufen ohne Alkohol. Im Jahr 2010 waren wir 8 Tage mit 57 Teilnehmer/-innen in Kroatien. Zu Beginn der Reise haben wir u.a. die Vereinbarung getroffen, im Hotel keinen Alkohol zu konsumieren. Leider passierte es dann doch, 2 Mitreisende machten eine „Wodka-Kur“. Am nächsten Morgen stimmten wir mit unseren Jungensprecher/-innen die weitere Vorgehensweise ab. Gemeinsamer

Beschluss: Heimreise für die betreffenden Personen!

Es ist ein hartes Stück Arbeit, Jugendliche in dem o. g. Sinn zu überzeugen, dazu gehört u. a. ganz viel Kommunikation, selbst Vorbild sein und vor allen Dingen, gemeinsam abgestimmte Regeln einhalten. Kein Abweichen, sonst fehlt die Glaubwürdigkeit. Teilweise fühlen wir uns als „Exoten“, da von anderen Vereinen, Jugendlichen und Eltern zurückgespiegelt wird: „Was, hier gibt es kein Bier?“ Die Erfahrung und die Rückmeldungen unserer Kids geben aber immer wieder Rückhalt und zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

*Torsten Lampe, per E-Mail*



Zum Beitrag bzgl. Alkoholkonsums im Kindes- und Jugendalter: Aufklärung bzgl. der Wirkung von Alkohol und der damit verbundenen Gefahren für sich und andere tut hier besonders Not – das sehe ich auch so.

Welche Ansicht ich jedoch überhaupt nicht teilen kann, ist die der GdP Schleswig-Holstein, die Eltern der betroffenen „Kinder“ bzgl. der Kosten für die Klinikeinweisung und Behandlung mit ins Boot zu holen.

Kinder testen in jeder Lebensphase ihre Grenzen und stoßen immer wieder mit den Eltern aneinander; diese Reibung gehört zu einer gesunden Entwicklung. Die Art der Persönlichkeit, der psychischen Stärke und des persönlichen Umfeldes entscheiden letztendlich, wie der Mensch diese Konfrontation meistert und welchen „Lernerfolg“ er daraus für sich zieht. Diese Freiheit in der Entwicklung ist wichtig.

Ist es denn so, dass langjährigen Rauchern oder Übergewichtigen, die sich einer ärztlichen Behandlung wegen Herz-Kreislauferkrankungen oder Erkrankungen des Bewegungsapparates unterziehen müssen und der Gesellschaft immense Kosten aufbürden, ins eigene Portemonnaie gegriffen wird? Nein, soweit sind wir noch nicht. Aber da müsste man dann mal zuerst ansetzen...

*Silvia Traber, per E-Mail*

### **Zu: Schichtdienst – Schicht bleibt ein Risiko, DP 7/11**

Ich habe festgestellt, dass sich niemand wirklich (außer Gewerkschaften) Ge-

danken über Schichtler macht. Meine Gesundheit hatte auch gelitten. Aus diesen Gründen ging ich auch 1 Jahr und ein paar Monate eher in den Ruhestand. Eine Abfindung wurde natürlich nicht gezahlt. Wenn unsere selbstgerechten Herren Politiker einen Anteil gezahlt hätten, würde man sagen können: Alle Achtung! Aber so bekommt der „Mohr“ eine Urkunde und wenn er Glück hat, noch ein Dankeschreiben seines PP.

*Eberhard Sussiek, per E-Mail*



Zunächst einmal ein Lob an die Redaktion und den Verfasser des Berichts „Schicht bleibt ein Risiko“.

Die Fakten und Tatsachen sind schon lange bekannt, jedoch ist nicht feststellbar, dass sich hier wirklich etwas geändert hat oder ändern wird. Immer wieder werden die Schichtstärken bei den verschiedenen Dienststellen ausgedünnt und Kolleginnen und Kollegen verlassen die Schicht. Sei es aus gesundheitlichen oder dienstlichen Gründen. Ein Nachersatz erfolgt nicht 1 zu 1.

Auch junge Kollegen/-innen nutzen jede Möglichkeit und Chance, die Schicht zu verlassen.

Auch die „Schichtler“ können kaum nachvollziehen warum sie wirklich ihre

Fortsetzung auf Seite 25

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### **Kontakt zur Redaktion:**

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de**



# Einsatz im Ausland

## Nationales Führungs- und Einsatzzentrum für Auslandseinsätze der Polizei gefordert

**Politiker reden gern darüber, dass Einsätze der deutschen Polizei im Ausland bereits zum Alltag gehören. Das klingt weltoffen und gefragt. Die Regelungen für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind allerdings oft weniger professionell. Die GdP hat sich des Themas angenommen, es mehrere Monate analysiert und in ihren Gremien beraten. Im vergangenen Monat legte sie bei einer Pressekonferenz ihre Forderungen dar.**

Die Polizei braucht ein eigenes Nationales Führungs- und Einsatzzentrum – so die Quintessenz der intensiven Betrachtung von Auslandseinsätzen deutscher Po-

onalen Führungs- und Einsatzzentrums für Auslandseinsätze der Polizei.

Denn deutsche Polizisten müssen auf ihren Einsatz im Ausland inhaltlich und

und Verwendungen der Deutschen Polizei haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die Aufbauhilfe für die afghanische Polizei stellt hier eine Zäsur dar. Bernhard Witthaut erläuterte dazu auf der GdP-Pressekonferenz am 15. Juni 2011: „Immer häufiger wird militärische Gewalt eingesetzt, um das Völker(straf-)recht durchzusetzen. Dies bedeutet, dass jedenfalls im Ausland Militär teilweise auch für solche Maßnahmen eingesetzt wird, die im Inland ausschließlich der



Ein Trainingslager für Polizisten in Masar-i-Scharif.

Foto: Hannibal Hanschke/dpa

lizistinnen und Polizisten durch die GdP. „Auslandseinsätze der Polizei bedürfen einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle, klarer Missionsziele sowie einer besseren Betreuung und Absicherung der hohen persönlichen Risiken für die eingesetzten Beamten“, mit diesen Grundforderungen untermauerte der GdP-Bundesvorsitzende die Notwendigkeit eines Nati-

sicherheitstechnisch besser vorbereitet und unterstützt werden. 364 Beamtinnen und Beamte von Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Zoll und Länderpolizeien sind derzeit an insgesamt 12 Missionen beteiligt. Es ist absehbar, dass Aufgaben der deutschen Polizei in ausländischen Missionen zunehmen.

Und: Die internationalen Missionen

Polizei obliegen, nämlich zur Abwehr von Gefahren für wichtige Rechtsgüter und zur Strafverfolgung.“ Das führe dazu, dass das Agieren der Nationalstaaten im Rahmen von militärischen und politischen Bündnissen eine immer wichtigere Rolle habe und dass Deutschland ein starker Verantwortungsträger innerhalb dieser Bündnisse sei.



## AUSLANDSEINSÄTZE

Bernhard Witthaut: „Wer die Geltung des Völkerrechts einfordert, muss auch bereit sein, das Völkerrecht gemeinsam mit anderen Nationen durchzusetzen. Die GdP ist sich bewusst, dass schon während der Ausübung militärischer Gewalt oder im unmittelbaren Nachgang zu militärischen Konflikten der zivile Wiederaufbau sowie die Wiederherstellung einer stabilisierenden öffentlichen Ordnung in der Regel mit dem Einsatz von Polizei im Konfliktgebiet verbunden ist.“

Die Verwendung der Polizei im Aus-

land sei häufig kaum mit dem normalen Einsatzgeschehen der Polizei im Inland vergleichbar. Dazu Bernhard Witthaut: „Bislang können die polizeilichen Aufgaben in Auslandsmissionen weder besonders trainiert, noch zuvor an den Polizeischulen gelehrt werden.“

Dass der Einsatz der deutschen Polizeikräfte im Ausland sehr häufig eine Erfolgsgeschichte wurde, ist allein dem hohen persönlichen Engagement der eingesetzten Beamtinnen und Beamten zu verdanken.“

**Deutschland beteiligt sich seit 1989 mit der Entsendung von Polizeibeamtinnen und -beamten an den verschiedenen Auslandseinsätzen der Vereinten Nationen (VN), der Westeuropäischen Union (WEU), der Europäischen Union (EU) und der Organisation für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).**

## Die Forderungen der GdP im Einzelnen:

### Mehr Transparenz

Da Polizeibeamte für den Auslandseinsatz von den Ländern abgeordnet werden, können Beschlüsse einzelner Landesparlamente oder in Teilen auch von Personalräten erhebliche internationale politische Konsequenzen haben.

Daher müssen Konflikte, die aus militärischen Konfrontationen und daraus resultierenden polizeilichen Missionen entstehen, transparent in der Öffentlichkeit und umfassend in den dafür vorgesehenen Gremien beraten und entschieden werden.

### Deutsche Polizeimissionen bedürfen parlamentarischer Kontrolle

Für alle Polizeimissionen und -einsätze, seien sie bilateral oder international, muss der Deutsche Bundestag ein Rückholrecht durch entsprechenden Beschluss und damit jederzeit das Recht zur Beendigung eines Einsatzes bzw. einer Mission haben (Parlamentarvorbehalt). Die Bundesregierung muss verpflichtet sein, den Deutschen Bundestag über jede Polizeimission bzw. Polizeieinsatz unverzüglich und umfassend zu informieren.

Die teilweise für die Betroffenen mit hohen persönlichen Risiken verbundenen Polizeimissionen im Ausland müssen von der gleichen politischen Verantwortung getragen werden wie die Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Jegliche Auslandsverwendung deutscher Polizistinnen und Polizisten muss eindeutigen rechtlichen Regelungen auch zum Schutz der Beamtinnen und Beamten unterworfen sein.

### Mitbestimmung der Personalräte

Den zuständigen Personalräten muss regelmäßig Bericht erstattet werden. Die GdP teilt ausdrücklich die juristischen Bedenken, die zu den Lücken in den Polizeigesetzen der Länder im Hinblick auf die Abordnung von Landesbediensteten zur Bundespolizei zwecks Auslandseinsatzes vorgetragen werden. Es muss unverzüglich die gesetzliche Grundlage für

„Die Gewerkschaft der Polizei, ist sich der großen Verantwortung bei der personalrätlichen Mitbestimmung bei diesen Einsätzen bewusst. Um jedoch in jedem Einzelfall auch zugunsten der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen die wichtigen Aufgaben der Personalräte, aber auch die grundsätzliche gewerkschaftliche Interessenvertretung wahrnehmen zu können, müssen dringend inhaltliche und organisatorische Mängel bei der Planung und Umsetzung von Auslandseinsätzen der deutschen Polizei abgestellt werden. Eine stärkere Information über diese Einsätze durch die Bundesregierung, eine tiefgreifende Kontrolle der Missionen durch den Deutschen Bundestag und die verbesserte Planung, Steuerung und Verantwortung der Polizeieinsätze im Ausland durch ein zu errichtendes nationales polizeiliches Führungs- und Einsatzzentrum sind nach der festen Überzeugung der Gewerkschaft der Polizei der Schlüssel für sichere und erfolgreiche Polizeimissionen im Ausland.“

**Bernhard Witthaut**

die Entsendung von Landesbediensteten zum Zwecke der Auslandsverwendung in den jeweiligen Landespolizeigesetzen geschaffen werden.

### Nationales Polizeiliches Führungs- und Einsatzzentrum

Die derzeitigen Strukturen im Bundesinnenministerium, der Bundespolizei sowie den Länderpolizeien sind in Bezug auf die politische Verantwortung und im Hinblick auf die polizeiliche Einsatzplanung und Einsatzführung unklar und ineffektiv. Zur besseren Koordination aller Polizeieinsätze im Ausland und zur Verbesserung der politischen Kontrolle dieser Einsätze ist ein nationales polizeiliches Führungs- und Einsatzzentrum einzurichten. Dieses Zentrum hat die Aufgabe, sämtliche Einsätze und Missionen vorzubereiten, durchzuführen und die Betreuung zu organisieren. Von dieser Dienststelle muss die Information der Personalräte über die jeweilige Verwendung ebenso abgewickelt werden, wie es zusätzlich zur Durchführung der langfristigen Missionen auch ad hoc operativ z. B. für die Lösung von Pirateriefällen zuständig sein muss.

Die GdP hat das Ziel, mit diesem Führungs- und Einsatzzentrum Kräfte, Kompetenzen, Informationen und Verantwortung zu bündeln. Das Einsatzführungszentrum muss darüber hinaus die Aufgabe haben, Personal zu koordinieren, die Verwaltung der Sach- und Finanzmittel sowie die Betreuung der eingesetzten Beamten zu gewährleisten und abgeschlossene Einsätze zu evaluieren. Von besonderer Wichtigkeit ist des Weiteren der Aufbau eines Krisenmanagements für Auslandsmissionen, was ebenfalls in dem zu schaffenden Führungs- und Einsatzzentrum zu entwickeln ist. >



## AUSLANDSEINSÄTZE

### Schutzausrüstung

Deutsche Polizisten müssen auf ihren Einsatz im Ausland inhaltlich und sicherheits-technisch sehr gut vorbereitet

an insgesamt 12 Missionen beteiligt. Hinzu kommen zahlreiche Beamte, die sich in bilateralen Einsätzen oder als Verbindungsbeamte im Ausland aufhalten. Es ist festzustellen, dass nur wenige Einsätze der breiten Öffentlichkeit be-

Zivilbevölkerung richtet. Wir lehnen das Prinzip „Befehl und Ausführung“ bei der Umsetzung von polizeilichen Auslandsmissionen klar ab. Wir fordern eine transparente Führung und eine offensive Diskussion der polizeilichen Missionsziele.



Ein deutscher Polizist berät afghanische Ausbilder in einem Trainingslager in Masar-i-Scharif.

Foto: Hannibal Hanschke/dpa

und fortlaufend unterstützt werden. Hierzu gehört, dass die eingesetzten Kräfte jederzeit über eine sehr gute persönliche Schutzausrüstung verfügen und die zur Verfügung stehenden Einsatzmittel, wie z. B. Unterkünfte und Diensträume, LuK-Technik sowie Kraftfahrzeuge frei von Mängeln sind. Jeder eingesetzte Beamte und jede eingesetzte Beamtin hat einen Anspruch auf eine bestmögliche Versicherung durch den Dienstherren, alle rechtlichen Fragestellungen eines Einsatzes bzw. einer Mission müssen zu jedem Zeitpunkt geklärt sein. Versorgungslücken oder unklare versicherungsrechtliche Zustände sind inakzeptabel.

### Klare Missionsziele

Mit Stand vom 14. Februar 2011 sind 364 Beamte von Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Zoll und Länderpolizeien

kannt sind. Alle Polizeimissionen müssen jedoch in der Öffentlichkeit bekannt und diskutierbar sein, weil das Missionsziel nicht immer die zivile Aufbauhilfe oder die Informationsgewinnung, sondern gelegentlich auch wirtschaftliche Aspekte beinhaltet. Deutlich stärker als bislang muss nach Auffassung der GdP das Ziel polizeilicher Auslandsmissionen diskutiert werden. Insbesondere wenn deutsche Polizisten ihren Einsatz zwar im Auftrag der Bundesregierung, jedoch auch aus wirtschaftlichen Gründen und in direkter Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen ableisten sollen, müssen diese Aspekte einer genauen politischen Überprüfung und Verantwortung unterzogen werden. Dies gilt auch für Missionen, in denen polizeiliches Wissen transferiert wird und nicht sicher gestellt ist, dass sich dieses Wissen nicht gegen die eigenen Kräfte oder Soldaten der Bundeswehr bzw. befreundeter Armeen oder gar gegen die

### Sicherheitsgarantien in Krisengebieten für die Polizei

Sofern deutsche Polizisten in Krisengebieten mit militärischen Aktivitäten eingesetzt werden, muss die Frage geklärt sein, wer den Schutz der deutschen Polizeibeamten garantiert. Die Sicherstellung des Schutzes der Polizeibeamten durch bewaffnete – deutsche – Sicherheitskräfte ist integraler Bestandteil der Einsatzbedingungen deutscher Polizisten. Wenn und insoweit die Bundesregierung die Garantie der Sicherheit deutscher Polizisten an ausländisches Militär übertragen will, ist dem mit großer Skepsis zu begegnen.

### Keine deutsche Polizei in Kriegsgebieten

Deutsche Polizisten dürfen nicht in



## AUSLANDSEINSÄTZE

Regionen eingesetzt werden, in denen Kriegszustände herrschen. Sofern sich die Lage in einer Region so verändert, dass sie als Kriegsgebiet zu charakterisieren ist, müssen deutsche Polizisten unverzüglich dieses Gebiet verlassen. Die eingesetzten Polizeibeamten müssen aus Sicherheitsgründen in die Alarmierungs- und Evakuierungssysteme der internationalen Streitkräfte eingebunden sein. Unabhängig davon erarbeitet das Führungs- und Einsatzzentrum für jedes polizeiliche Einsatzgebiet einen Evakuierungsplan und legt die Kriterien fest, wann und durch wen unterstützt eine Evakuierung der Polizeikräfte geboten ist. Die Entscheidung, ob Polizeikräfte vor Angehörigen der Streitkräfte zu evakuieren sind, trifft das Führungs- und Einsatzzentrum.

Deutsche Polizeibeamte haben auch in Zukunft keinen Kombattantenstatus, sie dürfen auch nicht durch multilaterale Organisationen unter das Kommando eines Kombattanten gestellt werden.

### Exit-Strategie für jede Polizeimission im Ausland

Die Bundesregierung hat eine klare

Perspektive für jeden Einsatz deutscher Polizisten zu entwickeln. Dazu gehört unabdingbar die Beschreibung eines konkreten Zeitraumes, des Auftrages, des Einsatzgebietes, des notwendigen maximalen Personalbedarfs und der Sicherheitsbedingungen, ohne deren Erfüllung der Einsatz zwingend nicht weitergeführt wird (Exit-Strategie).

### Kriminalitätsbekämpfung im Ausland (Piraterie)

Vor eine besondere Herausforderung werden die Bundesregierung und die deutsche Polizei durch die Bewältigung einzelner Kriminalfälle, insbesondere im Bereich des erpresserischen Menschenraubs und der Piraterie gestellt. Die Erfahrung bei der Lösung von Pirateriefällen hat gezeigt, dass die Zuständigkeiten der Polizeibehörden keineswegs auf Anhieb klar sind und die eingesetzten Beamtinnen und Beamten häufig erstmals mit dieser Problematik konfrontiert sind.

Die erfolgreiche Bearbeitung der Pirateriefälle ist dem außerordentlich hohen Engagement der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu verdanken. Dies darf

nicht darüber hinweg täuschen, dass die gesetzlichen Regelungen und die sicherheitstechnischen Infrastrukturen zur Bewältigung von Pirateriefällen verbessert werden müssen.

Es bedarf der dringenden Klärung, welche Polizeibehörde für den operativen Einsatz außerhalb der Außenwirtschaftszone der Bundesrepublik Deutschland zuständig ist. Darüber hinaus muss entschieden werden, mit welchen Einsatzmitteln, welche Sicherheitskräfte polizeiliche Lagen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu klären haben. Die GdP setzt auf eine Kooperation von Bundeswehr und Polizei, die gesetzlich abgesichert werden muss, z. B. durch ein Bundeswehraufgabengesetz und eine Anpassung des Bundespolizeigesetzes.

Kooperationen der Polizei mit der Bundeswehr, wie sie in bestimmten Auslandseinsätzen zwingend notwendig sein können, haben keinen präjudizierenden Charakter für das Verhältnis Bundeswehr/Polizei im Innern. Die verfassungsgemäße Aufgabentrennung von innerer und äußerer Sicherheit ist davon nicht berührt.

Sascha Braun/red.

## FRONTEX-Einsatzkräfte in Orestiada

### Ungenügend vorbereitet und ausgestattet

**Die Arbeitsbedingungen für deutsche Bundespolizistinnen und -polizisten des Frontex-Einsatzes in Griechenland konnte sich Martin Schilff, Vorsitzender des Bezirkspersonalrats und der GdP-Kreisgruppe Bundespolizei Hannover Anfang des Jahres vor Ort ansehen – und es konnte einiges gerichtet werden.**

Überall in der Welt sind inzwischen deutsche Polizistinnen und Polizisten in den verschiedensten Aufgaben eingesetzt. Da wunderte es den langjährigen Gewerkschafter und Personalvertreter nicht, dass Ende 2010 auch deutsche Bundespolizistinnen und -polizisten für einen Einsatz an der griechisch/türkischen Grenze zur Verhinderung der illegalen Migration nach Europa eingesetzt wurden. Schließlich sollen über die dortige 12,5 km lange Landesgrenze pro Monat bis zu 10.000 illegale Einwanderer nach Griechenland und damit in die EU gekommen sein, so

dass bereits über den Bau eines Grenzzaunes beraten wurde.

Auf dem Landweg mit deutschen Polizeifahrzeugen, die – wie sich später herausstellte – zum einen die ältesten verfügbaren Mühen waren und sich zum anderen nur eingeschränkt in der griechischen Gebirgsregion im Winter eigneten, wurden die 30 Kolleginnen und Kollegen aus dem „FRONTEX-Pool“ in Marsch gesetzt. Was genau sie in der Umgebung von Orestiada erwartete, war ihnen noch nicht so klar. Mit anderen

Worten: Niemand wusste eigentlich so richtig, was ihn oder sie erwartete.

So erstaunte es im Nachhinein nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen zunächst über mangelhafte Unterbringung, ungenügende Bekleidung und Ausrüstung, miserable Bezahlung im Gegensatz zu anderen Polizistinnen und Polizisten aus ganz Europa und besonders über die humanitären Bedingungen für die Flüchtlinge berichteten.

Dies änderte sich erst nach massiver Intervention des FRONTEX-Präsidenten in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern gegenüber der griechischen Regierung.

Im Januar 2011 hatte ich dann gemeinsam mit Vertretern des Bundespolizeipräsidiums die Möglichkeit, die Kolleginnen



## AUSLANDSEINSÄTZE



**Vor der Abfahrt in die Umgebung von Orestiada**  
Foto: M. Schilff

**Nach dem Gespräch mit dem griechischen Polizeichef der Region um Orestiada, Giorgos Salamangas (r.) – 4.v.l. der Autor Martin Schilff.**

Foto: GdP



**Das Hotel, in dem die deutschen Polizistinnen und Polizisten nun untergebracht sind.**  
Foto: M. Schilff

und Kollegen vor Ort zu besuchen und mit ihnen gemeinsam an die Grenze zu fahren sowie mit dem Polizeichef der Region, Giorgos Salamangas, zu sprechen.

Mittlerweile hatte sich das Thema Unterbringung ein wenig relativiert, weil alle deutschen Kolleginnen und Kollegen in einem Hotel Unterkunft gefunden hatten, welches früher sicherlich auch einmal schön war ...

Die Ausrüstung war sehr unterschiedlich, weil inzwischen sowohl gut ausgestattete Kolleginnen und Kollegen der Auslandshundertschaft als auch Einzeldienstbeamte ohne Auslandserfahrung Teil der Einsatzkräfte waren.

Die humanitären Bedingungen für die Flüchtlinge hatten sich leicht verbessert, so dass es diesbezüglich keine Beanstandungen mehr gab.

Nur die finanzielle Vergütung ist für diese Kolleginnen und Kollegen der ersten Stunde eines „FRONTEX-Rab biteinsatzes“ bis heute immer noch völlig unbefriedigend und nicht nachvollziehbar – wieso werden rumänische oder österreichische Polizistinnen und Polizisten für die gleiche Aufgabe wesentlich besser monetär abgefunden werden, als unsere BundespolizistInnen!

Eine einheitliche Leitstelle für Auslandseinsätze deutscher Polizistinnen und Polizisten hätte auch bei diesem Einsatz im Vorfeld jede Menge ungeklärte Fragen regeln können!

**Martin Schilff**



# Bewerben und profitieren!

## GdP startet Mentoring-Projekt für Frauen

**Als Instrument zur Weitergabe von Erfahrungswissen sind Mentoring-Programme vielerorts bereits fester Bestandteil der Personalentwicklung. Auf Initiative der Frauengruppe (Bund) startet im Herbst 2011 nun das erste Mentoring-Projekt für ehrenamtliche Kolleginnen in der GdP.**

Wir wollen Mentoring nutzen als eine zielgerichtete Strategie, um einen Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen langjährigen Funktionsträgern/-innen und Nachwuchsfunktionärinnen zu ermöglichen. Damit wollen wir auch den Generationenwechsel in der GdP aktiv gestalten und den Anteil weiblicher Funktionsträgerinnen auf allen Ebenen der GdP erhöhen.

Im Rahmen des Mentoring-Projekts stellen wir einen direkten Kontakt zwischen Mentor/Mentorin und Mentee (durch Mentor Betreute) her, die eine berufliche und partnerschaftliche Beziehung

- begleitende Workshops
- professionelle, individuelle Beratung,
- Möglichkeiten zur Vernetzung mit maßgeblichen Akteuren und Akteurinnen der GdP

**Was wir erwarten:**

- Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der GdP
- grundsätzliche Bereitschaft zum gewerkschaftlichen Engagement
- erste Erfahrungen in der Gremienarbeit der GdP
- Interesse an persönlicher Entwicklung

Das auf 18 Monate angelegte Projekt



**Professionell, aber auch mit viel Spaß hat die AG Chancengleichheit das Mentoringprojekt entwickelt. Mit dabei waren u. a. Elke Gündner-Ede, im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP auch für Frauenpolitik zuständig, Steffi Loth, Dagmar Hölzl, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund) und Elisabeth Schulte. Foto: Weusthoff**

zueinander aufbauen. Dadurch wird die weniger erfahrene Mentee in ihrer persönlichen, gewerkschaftlichen und beruflichen Entwicklung unterstützt; aber auch der geübte Funktionsträger erhält durch den Austausch neue Eindrücke und erfährt neue Sichtweisen. Die Tandems aus Mentees und Mentoren arbeiten über die gesamte Projektlaufzeit von 18 Monaten gemeinsam und werden durch eine professionelle Begleitung unterstützt.

**Was wir bieten:**

- Kontakt zur Mentorinnen/Mentoren mit langjähriger Gewerkschaftserfahrung
- einen Auftaktworkshop zur Klärung der gegenseitigen Erwartungen

wird fachlich begleitet von der Soziologin Margaretha Müller M. A. (BCT Beratung Coaching Training), die Finanzierung des Projekts übernimmt die Hesselbach-Stiftung. Die Auswahl der Teilnehmerinnen übernimmt die Koordinierungsgruppe der GdP.

Bewerbungen bis zum 5. September 2011 nimmt die GdP-Geschäftsführerin Alberdina Körner per E-Mail unter der Adresse: [akoerner@gdp-online.de](mailto:akoerner@gdp-online.de), unter dem Betreff „Mentoring Hesselbach-Stiftung“, entgegen. Sie steht auch für Rückfragen unter der Telefonnummer 030/399921-120 zur Verfügung.

*Elke Gündner-Ede/Dagmar Hölzl*



**COP® Specials Juli / August 2011** \*Gültig vom 20.6. - 31.8.11

**NEU ERÖFFNET! Seit 1. März 2011**  
COP SHOP FRANKFURT/Main, Schloßstraße 83, Bockenheim

**1 Tactical T-Shirt**  
**Under Armour® HeatGear**  
Art.-Nr:UA1005084VW-Größe (weiß)  
Art.-Nr:UA1005084VS-Größe (schwarz)  
Farben: weiß und schwarz; Größen: S - 3XL  
Material: 100% Polyester  
Under Armour® Tactical V-Neck:  
V-Ausschnitt und kurze Ärmel, damit das T-Shirt, auch ohne gegen die Bekleidungs-vorschriften zu verstoßen, unter dem kurzen Diensthemd getragen werden kann.  
"HeatGear®" Technologie, besonders geeignet für den Einsatz bei warmen Wetter.



**Aktionspreis:**  
**€ 16,90**  
statt 24,99

**2 Einsatz- & Zugriffshandschuh COP® CR201**  
Art.-Nr. 320201-Größe  
Größen: XS - XXXL; Farbe: schwarz. Kompletter Rundumschutz durch schnitthemmendem Spectra®-Innenhandschuh. Glatteleder im Bereich des Handrucks, Innenseite aus Wildleder. Protektoren im Bereich des Handrucks und der Finger. Prüfung nach EN388 am 03.12.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.  
Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 3



**Aktionspreis:**  
**€ 29,90**  
statt 58,99

**3 Halbschuh S&W® 8265 Lo**  
Art.-Nr. 828265-Größe EU\*\*  
Farbe: schwarz  
Größen: EU 36 - 49  
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination. Zertifiziert als Arbeitsschuh gem. EN347/OB E HRO. Allround Halbschuh mit athletischer Passform und geringem Gewicht. Der gesamte Schuh enthält keine Metallteile. Größentabellen siehe unten.



**Aktionspreis:**  
**€ 39,90**  
statt 68,99

**4 Einsatzstiefel S&W® 8500 Mid**  
Art.-Nr. 828500-Größe EU\*\*  
Farbe: schwarz; Größen: (EU 36 - 49)  
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination. Features wie S&W 8265 Lo, nur als halbhoher Stiefel von Smith & Wesson®.



**Aktionspreis:**  
**€ 59,90**  
statt 79,99

**5 Einsatzstiefel S&W® 8975 Hi Side Zip**  
Art.-Nr. 828975-Größe EU\*\*  
Farbe: schwarz  
Größen: EU 36 - 49  
Obermaterial: Leder/ 1000 Denier Nylon Kombination  
Features wie S&W 8265 Lo, nur als Stiefel mit seitlichem Reißverschluss. Der seitliche Reißverschluss mit Klettsicherung ermöglicht schnelles Ein- und Aussteigen ohne die Schnürsenkel zu lösen.



**Aktionspreis:**  
**€ 69,90**  
statt 108,99

**6 Einsatztasche COP® 902**  
Art.-Nr. 902 BAG  
Außenmaße:  
29 x 42 x 16 cm (H x B x T)  
Farbe: schwarz  
Material: Nylon  
COP® Akzenttasche aus reißfestem, hochwertigen Nylon. Großes - seitlich und unten gepolstertes Hauptfach mit Platz für zwei große Aktenordner bzw. die gängigsten 17" Laptops.



**Aktionspreis:**  
**€ 59,90**  
statt 79,99

**Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)**

**COP Vertriebs-GmbH** · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

**www.cop-shop.de**

\*Angebote gültig vom 20. Juni bis 31. August 2011 | \*\*Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

# Föderalismusreform – Kuddelmuddel ohne Ende?

**„Wir wissen, dass die Sache Mist ist, aber da müssen wir jetzt durch!“  
Das war der lapidare Kommentar eines hochrangigen Parlamentariers  
im Deutschen Bundestag, damals, in der Regierungszeit der Großen  
Koalition Ende 2005/Anfang 2006.**

Unzählige Fachleute in Verwaltung und Wissenschaft, im Bund und Ländern sowie die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten die Politik eindringlich davor gewarnt, „es“ zu tun: Die Föderalismusreform I zu verwirklichen und

Gründen erst in den 1970er-Jahren aus der Kompetenz der Länder in die Hände des Bundes zurückgelegt worden war!“

- „Die gleichartige berufstypische Aufgabenwahrnehmung von Garmisch bis Flensburg erfordert allerorts gleiches

lungssysteme sowie unterschiedliche Beförderungs- und Versorgungssituationen der Beamten – je nach Kassenlage ‚ihres‘ Landes!“

- „Kleinstaaterei passt nicht in ein zusammenwachsendes Europa und erst recht nicht in den globalen Kontext!“
- „Es darf keinen Wettbewerbs-Föderalismus geben, in dem ein Bundesland dem anderen das (Nachwuchs-)Personal abwirbt!“
- „Es ist kein nachvollziehbares Argument dafür erkennbar, dass die Föderalismusreform auf breiter Front in den Ländern zu Verbesserungen im Beamtenbereich führen wird.“
- „Wie soll sich eine gefestigte Rechtsprechung herausbilden, wenn alles ständig neu und verschieden und kaum mehr etwas vergleichbar ist?“

Alles ohne Erfolg.

Unbeschadet einiger „Wirkungstreffer“ und mit zusammengekniffenen Augen zogen die Koalitionäre von CDU und SPD in Bundestag und Bundesrat rücksichtslos durch, was sie sich parteiübergreifend vorgenommen hatten. Den Koalitionsfrieden nicht zerstören, die Konsensfähigkeit angesichts der bevorstehende Gesundheitsreform nicht gefährden, die Koalition stabil halten – das waren die Koordinaten für den Kamikaze-Flug Richtung Föderalismusreform I.

So vollzog man die umfangreichste Verfassungsänderung der Nachkriegszeit und übertrug den Ländern mit Wirkung vom 1.9.2006 die Kompetenzen zur Regelung der Laufbahnen, der Besoldung und der Versorgung ihrer Beamten.

Und erst mal geschah – nichts! Die Länder mit ihren großen oder auch sehr kleinen

Dienstrechtsabteilungen in den Innenministerien machten auf Kaninchen und blickten erwartungsvoll erst mal auf die Schlange, den Bund mit seinem riesigen Bundesinnenministerium (BMI) in Berlin. Was machen die? Was wird von dort letztlich noch vorgegeben, und wie setzt der Bund selbst als Dienstherr seiner Beamten die Reform um? Was wird abgeschafft, wo bilden sich neue Spielräume für die Länder? Und was machen eigentlich diese, die anderen Länder? Können wir

damit die Kompetenzen zur Regelung des Laufbahn-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts für deren Beamtinnen und Beamte auf die Länder zu übertragen.

Die Gewerkschaften informierten, argumentierten, protestierten, mahnten, vielfach in eigens einberufenen, aufwändigen Informations- und Podiumsveranstaltungen, in Foren und Tagungen, in „Hintergrundgesprächen“ mit Politikern, auf allen möglichen Kanälen:

- „Nicht umkehren, was doch aus guten

Recht und bundesweit gleiche Bezahlung!“

- „An einem heillosen Durcheinander mit einem föderalen Flickenteppich eines unterschiedlichen Dienstrechts bei 17 Dienstherrn (Bund und 16 Länder) kann doch kein vernünftiges Interesse bestehen!“
- „Zu befürchten sind bei Bund und Ländern auseinander driftende dienstrechtliche Rahmenbedingungen, Qualifikationsanforderungen und Bezahl-



Die Straße gibt es wirklich – in 22846 Norderstedt (Schleswig-Holstein) Foto: Thomas Gründemann





**Carsten Baum,**  
Vorsitzender  
des GdP-Fach-  
ausschusses  
Beamten- und  
Besoldungs-  
recht

vielleicht abschreiben? Und ertauben uns das die „bundeslandspezifischen“ politischen Machtverhältnisse bzw. die bevorstehenden Wahltermine?

Doch dann nahm der „Supertanker Bund“ doch noch Fahrt auf, und schon nach ca. 3 Jahren kam das Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) in Kraft, das (neben dem ebenfalls mit dem Wörtchen „fortentwickeln“ gelockerten Art. 33 Abs. 5 GG) dann die einzige statusrechtliche Leitplanke für die nun den Ländern eigenverantwortlich mögliche Anpassung bzw. Neugestaltung ihres Landesbeamtenrechts darstellte. Manche Länder machten dies rechtzeitig (zum 1.4.2009), manche später oder immer noch nicht richtig, manche machten es so und manche anders (auch voneinander abgeschrieben wurde viel, wie es neuerdings mehr und mehr auch bei prominenten Doctores aufgedeckt wird).

Etliche Bundesländer nutzen ihren durch die Föderalismusreform gewonnenen eigenen Gestaltungsspielraum sehr „verwaltungsökonomisch“, indem sie erst mal einfach das vormals deutschlandweit geltende Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) und das Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) mit wenigen Änderungen ins Landesrecht „überführten“.

Ein vollständig eigenständiges Besoldungs- und Versorgungsrecht aller einzelnen Länder, wie es mit der Föderalismusreform angedacht wurde, ist schließlich überaus mühsam zu bewerkstelligen und steht daher vielerorts noch aus – warum dann eigentlich die Föderalismusreform?

Und es bildeten sich unter den Ländern Allianzen – sei es der gleichen politischen Couleur oder der regionalen Nähe wegen oder einfach aus Tradition: Die fünf norddeutschen Küstenländer strickten an einem ziemlich einheitlichen Dienstrecht, die „Südschiene“ beriet Vergleichbares, die Bayern machten wie immer was sie wollten und manche warteten einfach ab. Im Norden war man soweit, dass man zwar im Wesentlichen gleiche Regelungen schaffen, aber jedes Land dafür eine eigene Begründung schreiben wollte (?).

Ähnlich das Kuddelmuddel bei der Regelung der Versorgungslastenteilung bei Bund-/länderübergreifenden Versetzungen/Dienstherrnwechsel. Was früher einheitlich im § 107b BeamtVG geregelt war, bedurfte nun eines Staatsvertrages zwischen dem Bund und den 16 Bundesländern. Diesen mussten dann entsprechend viele Minister(präsidenten) feierlich am 16.12.2009 unterzeichnen, um die so beschlossenen Regelungen nun noch durch alle ihre Parlamente (zwecks gesetzlicher Anerkennung des Staatsvertrages!) zu schleusen, so dass die Inkraftsetzung zum 1.1.2011 möglich war – die ganze Chose hat also bundesweit rund 5 Jahre die Exekutive und Legislative beschäftigt!

Die Besoldung im Vergleich zwischen Bund und Ländern entwickelt sich auseinander. Im selben Amt beträgt der Rückstand eines Polizisten in Berlin gegenüber dem in bestimmten Bundesländern inzwischen mehr als eine Besoldungsgruppe!

Ins Bild passt auch das Mischmasch in der aktuellen Besoldungsrunde: Schon bevor das zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ausgehandelte Tarifergebnis 2011 für Länder/Kommunen auf dem Tisch lag, preschten CDU-Granden in Baden-Württemberg besoldungsrechtlich mit einer Besoldungserhöhung um 2 % zum 1.4.2011 vor – es standen dort eben Landtagswahlen an, Stefan Mappus hatte (wie sich im Wahlergebnis zeigte, berechnete) Verlustängste, und Stuttgart 21 bereitete den Regierenden schon genug Probleme. Anders die anderen Bundesländer. Je nach Gusto, Wahltermin, Koalitionskonstellation, Kassenlage ... interpretierte man das Alimentationsprinzip höchst „kreativ“. Das erste Bundesland übertrug brav das Tarifergebnis 1:1 auf seine Beamten, das zweite nicht inhaltsgleich, das dritte nicht zeitgleich, das vierte gar nicht. Man ist eben so frei – der Föderalismusreform sei Dank!

Und auch das Zulagenwesen (welches dem Besoldungsrecht zuzurechnen ist) wurde durch die Föderalismusreform zur Spielwiese für ein buntes Treiben kreativer Dienstrechts-Aktivistinnen und Haushalts- und Finanzakrobaten: In Bayern nimmt die Polizeizulage an Einkommensverbesserungen teil und ist (wieder) ruhegehaltfähig, im Saarland beträgt sie seit

### LBN VVaG

gegründet als  
Lehrerbrandkasse –  
heute offen für alle

Tel. 05 11/54 48 88-0  
www.lbn.de



## Weniger zahlen. Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren  
überaus günstigen Versicherungen.

Hausrat- und  
Glasversicherung  
siehe **FINANZTEST** 6/10  
Unfallversicherung

Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).



# Wir brauchen die Einheit!

**Die Arbeit in der Polizei hat Premium-Qualität. Deshalb darf ihre Wertschätzung nicht Discount-Niveau erreichen.**

Jahrzehnten 127,38 Euro brutto und ist für die Versorgung futsch.

Heute kann kein Mensch mehr aus dem Kopf aufsagen, welche unterschiedlichen Beträge landauf, landab sowie im Bund für Dienst zu ungünstigen Zeiten, für Spezialeinheiten (SEK, MEK, GSG 9 ...) und andere Erschwernisse gewährt werden.

Oder das Gewirr beim Laufbahnrecht: Im Rund der Länder gibt es neues Laufbahnrecht der Marke „progressiv“ und der Marke „konservativ“ – wie hätten Sie's denn gern? Die einen schaffen die Laufbahngruppen ab, die anderen behalten sie, die einen erlauben den Verwendungsaufstieg, die anderen den Praxisaufstieg. Nicht zu vergessen, die „bunten“ Mindest- und Höchstaltersgrenzen, womit man auch wieder zum Versorgungsrecht überleiten kann: Es gibt jetzt ja auch ganz unterschiedliche Wochen- und Lebensarbeitszeiten – in dem einen Land darf bzw. muss der Polizist mit 60 in den Ruhestand, in einem anderen darf bzw. muss er länger dienen, mancherorts mit Gehaltsaufschlag (Bayern), andernorts in Abhängigkeit von der Farbe der Sterne auf der Schulterklappe.

Obwohl die Gewalt gegen Polizeibeamte in Hamburg nicht weniger weh tut als im Thüringer, im Bayrischen oder im Pfälzer Wald, und obgleich Polizistenfüße bei 10 Grad minus in Schleswig genauso blau werden wie auf der Autobahn bei Stuttgart und obschon die Dienst-Nacht in Berlin ebenso belastend und gefährlich ist wie in Dresden, mutet man den Polizisten „ungleichen Lohn für gleiche Arbeit“ zu.

Groß ist da auch die Verlockung für die Gewerkschaftstrukturen in Bund und Ländern, dort, wo man uns angesichts geforderter Verbesserungen zwar nicht die erforderliche ganze Hand, aber den kleinen Finger reicht, diesen auch flugs zu ergreifen – auch ohne „Blick über den Zaun“, ohne große landesbezirksübergreifende, ohne GdP- oder gar DGB-weite Abstimmung.

Gemacht wird, was möglich ist? Ein reiner Pragmatismus dieser Art ist gefährlich und spielt der „Teile-und-herrsche-Strategie“ der Politik in die Hände, statt ihr mit einem selbstbewussten, nachhaltigen Gewerkschaftshandeln zu begegnen, das einer gemeinsamen Programmatik folgt, das klug koordiniert und diszipliniert umgesetzt wird.

Das ist jetzt unsere Aufgabe.

**Carsten Baum**

Die Beschäftigten in der Polizei produzieren nicht irgendeinen Exportartikel noch bieten sie einem beliebigen Service. Die Arbeitsleistung jedes einzelnen in der Polizei schafft einen Mehrwert, der im Gemeinwesen unverzichtbar ist: Wir gewährleisten die innere Sicherheit!

Der Wert dieser These wird sich bei der Zukunft der Altersversorgung von Polizeibeamtinnen und -beamten besonders zeigen. Weder im Bund noch in den Ländern wird sich die Situation in den kommenden Jahren verbessern, denn Personalknappheit und Arbeitsdruck werden durch die Überalterung ganzer Belegschaften zusätzlich verschärft. In Brandenburg zum Beispiel liegt das Durchschnittsalter der Kolleginnen und Kollegen im Vollzug über 45 Jahre.

In den Jahren der Bedrohung durch den Links-Terrorismus wuchs die Polizei in Westdeutschland von 1976 bis 1979 von ca. 179.000 auf ca. 185.000 Beschäftigte an. Die Mitglieder dieser Alterskohorte werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand versetzt. Noch ist nicht erkennbar mit welchen Konzepten der Nachwuchs gewonnen werden soll – auf einem Arbeitsmarkt, der in den nächsten Jahren vom Bevölkerungsrückgang geprägt sein wird.

Es mangelt auch an vergleichbarem statistischem Material. Denn dank des föderalen Aufbaus bleibt es jedem Land selbst überlassen, welche Daten erhoben werden. Und die Begeisterung einer Landesregierung, Fehler ihrer Politik auch noch mit aussagekräftigen Fakten belegen zu lassen, ist naturgemäß begrenzt.

Angesicht dieser Entwicklungen kann niemand mehr von „Reformen“ im Sinne einer „Verbesserung des Bestehenden“ reden.

Angestrebt wurde z. B. eine Modernisierung des Dienstrechts. Dies wäre mit Fortschritt zu übersetzten. Angesichts der gegenwärtigen Praxis ist es allerdings ein Rückschritt.

Der Blick muss in die Zukunft gerichtet werden. Der Überalterung der Polizei muss entgegenwirken werden. Die dringende erforderliche Verjüngung des überalterten Personalkörpers zur Sicherung der Funktions- und Zukunftsfähigkeit der Polizei ist ein Gebot der Stunde. Das Angebot für Berufsanfänger muss am

Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sein. Die Bewerber werden stärker als in der Vergangenheit das Angebot der Polizei mit denen in der Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerken vergleichen. Die Wertschätzung der Arbeit in der Polizei muss lukrativ sein. Derzeit ist ein Länderwettbewerb zu betrachten, der sich bei zentralen Themen wie Besoldung und Arbeitszeit daran ausrichtet, sich gegenseitig im Discount zu unterbieten.

Polizeiarbeit gibt es aber nicht zum „Nulltarif“. Nicht im Bereich der Nachwuchswerbung und auch nicht als Bestandspflege.

Für eine zukunftsfähige Polizei wären



**Was bringt die Zukunft?**

**Foto: Roland Weihrauch/dpa**

unabhängig von Besoldung, Erholungsurlaub und Arbeitszeit folgende Aspekte zu berücksichtigen.

## **1. Die Ausgewogenheit von Beruf, Familie und Privatleben sichern!**

Trotz Personalnot, Leistungsverdichtung, Überstunden und Arbeitszeitverlängerungen dem dienstlichen Alltag gerecht zu werden, fällt umso schwerer, je größer die familiären Verpflichtungen und das ehrenamtliche Engagement sind.

Frauen und Männer brauchen Zeit und Gelegenheit, ihre Interessen und Bedürfnisse mit dem Beruf in Einklang zu bringen, um Kinder zu erziehen, Angehörige zu pflegen, sich in einem Verein zu enga-



## BEAMTENPOLITIK



**Jörg Radek,**  
als Mitglied  
im Geschäfts-  
führenden  
Bundesvor-  
stand der  
GdP u. a.  
zuständig für  
Beamtenpo-  
litik und den  
Bundesfach-  
ausschuss  
Beamten- und  
Besoldungs-  
recht

gieren und vieles mehr.

Gerade im Bereich der Polizeien von Bund und Ländern sind die Dienstherren in einer besonderen Verpflichtung, für Freiräume zu sorgen, die ein ausgewogenes Verhältnis von Beruf, Familie und Privatleben ermöglichen – denn unser Beruf ist häufig genug mit großen psychischen und physischen Belastungen verbunden.

In der privaten Wirtschaft gilt die sogenannte Familienfreundlichkeit inzwischen aus demografischen Gründen als „Erfolgsfaktor“ und wird als Gewinn für die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen von Unternehmen bewertet. Ich bin sicher: Auch in der Polizei können wir mit entsprechenden Konzepten positive Effekte erzielen.

### 2. Lebenslanges Lernen und altersgerechtes Arbeiten organisieren!

Wer heute mit 22 Jahren an der Fachhochschule seinen Bachelor macht, hat eine Dienstzeit von rund vierzig Jahren vor sich – ohne dass eine berufsbegleitende wissenschaftliche Weiterentwicklung auch nur angedacht wäre. Wollen wir aber, dass Kolleginnen und Kollegen über einen so langen Zeitraum ihren Dienst mit anhaltend hoher Motivation und sachlicher Kompetenz verrichten, müssen wir ihnen auch die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens eröffnen.

Gerade Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst müssen sich weiterentwickeln können, um im höheren Alter in anderen Funktionen Verwendung zu finden. Denn niemand kann und will bis zur Pensionierung im Funkwagen sitzen.

### 3. Gesundheitsförderung im Dienst ausbauen!

Die Arbeit bei der Polizei ist nicht das Leben auf einem Ponyhof. Die Belastungen des Berufs sind erheblich. Nicht nur vor dem Hintergrund des demogra-

fischen Wandels in den Polizeien und angesichts einer zunehmenden Zahl von polizeiärztlichen Diagnosen mit dem Ergebnis „eingeschränkt dienstfähig“ brauchen wir konkrete Vorstellungen und Umsetzungshilfen auch für die Etablierung einer betrieblichen Gesundheitsförderung. Hier liegt ein weiteres Werbeargument am Arbeitsmarkt.

Dabei müssen wir herausstellen: Wir wissen um die Erschwernis im Polizeiberuf. Die Mitarbeiter sollen nicht nur fair entlohnt werden. Wir tun auch etwas, um sie gesund und arbeitsfähig zu erhalten. Der Erhalt der Arbeitsfähigkeit ist kein Thema für die Zukunft, sondern der Gegenwart.

Um die Job-Fitness und berufliche Kompetenz zu erhalten, muss präventiv gehandelt werden und zwar auf ganz unterschiedlichen Feldern: Wir brauchen Vorsorgekuren für Schichtdienstleistende und attraktive Angebote des Dienst-sportes ebenso wie die Aufklärung über gesundheitliche Gefahren und gesunde Ernährung. Eine optimale Ausstattung, die Gesundheitsschäden vorbeugt, ist dafür natürlich eine Voraussetzung.

Dabei dürfen wir auch die seelischen Belastungen unseres Berufes nicht außer Acht lassen: Es wird immer Situationen geben, mit denen der menschliche Geist, das Bewusstsein, oder die Seele, wie immer man das ausdrücken mag, überfordert ist. Situationen, in denen wir gnadenlos mit Leid und Qualen, mit dem plötzlichen und unerwarteten Tod konfrontiert werden.

Durch die Föderalismusreform wurden Voraussetzungen zu Behinderung der Attraktivität des Polizeiberufes geschaffen. Durch die „Schuldenbremse“ ist die Polizei als „die“ Eingriffsverwaltung des Staates in die „Föderalismus-fälle“ geführt worden. Doch der ungebremste Wettbewerbsföderalismus hat sich schneller ausgebreitet und buntere Blüten getrieben, als wir auch nur ahnen konnten. Mit Vehemenz hat sich die GdP dagegen gewehrt, die bundesweite Einheitlichkeit von Laufbahn, Besoldung und Versorgung aufzugeben, die sich seit Mitte der 70er Jahre bewährt hatte.

Für die Zukunft kann es nur bedeuten, die Einheit der Besoldung, der Versorgung und der Laufbahn wieder herzustellen. Aus der politischen Alltagsarbeit wissen wir alle, dass dies keine Aufgabe nur für eine Legislaturperiode ist. Dieses gemeinsame Ziel sollten wir anstreben.

**Jörg Radek**



## ESSENTIAL GEAR.

Invented in the United States.  
Made in Switzerland.

**Field Day Date 1820 Series 1879.BO** - Ø 47 mm

Ultimatives stromunabhängiges Beleuchtungssystem.  
Permanente Leuchtkraft bis zu 25 Jahre – 100 x länger und heller als herkömmliche Leuchtuhren.

**Auf Luminox vertrauen:** FBI, CIA, U.S. Navy Seals, U.S. Air Force, Stadtpolizei Zürich IE Skorpion und Menschen mit hohen Anforderungen in Beruf und Freizeit auf eine gut ablesbare Uhr in der Dämmerung und in der Nacht.

Jetzt neu im Uhren- und Waffenfachhandel erhältlich wie auch bei:

[www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)  
[www.m-l-e.de](http://www.m-l-e.de)  
[www.boker.de](http://www.boker.de)

**Mondaine Watch Ltd**

CH 8027 Zürich  
T 0700 344 48 440  
[fachhandel.de@mondaine.ch](mailto:fachhandel.de@mondaine.ch)  
[www.luminox.com](http://www.luminox.com)





## GEWALT

# Fair Play

**„Fair Play“, so heißt das Motto des Deutschen Fußball-Bundes. Fair Play, das ist mehr, als sich nur an Regeln zu halten.**

Fair Play heißt vor allem, respektvoll mit dem sportlichen Konkurrenten umzugehen und selbst bei aller Härte und Emotionen im Spiel die Achtung vor dem Kontrahenten und sich selbst nicht zu verlieren. Was auf dem Feld Maßgabe ist, sollte auch daneben nicht ungeachtet bleiben. Die Regeln, Prinzipien und Konsequenzen sind beim Spiel und im gesellschaftlichen Miteinander die gleichen. Sofern sich jemand nicht an diese hält, wird er auf einen Regelverstoß hingewiesen, entsprechend ermahnt, bestraft oder sogar vom Platz verwiesen. Aber nur weil das Fair Play auf dem Feld nicht immer in Gänze funktioniert, ist das noch lange kein Freibrief für die unter den Fanwappen von Mannschaften agierenden Randalierer und Hooligans, die dritte Halbzeit außerhalb des Stadions auf dem Rücken der Polizei auszutragen.



Um auch dieser Facette der zunehmenden Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten gesellschaftlich Gehör zu

verschaffen, hat die JUNGE GRUPPE (GdP) die Kampagne „AUCH MENSCH“ ins Leben gerufen. Die bundesweite Plakataktion mit zwei Motiven verdeutlicht, dass nicht nur im Rahmen von Großereignissen gewalttätige Übergriffe auf die Polizei häufig auf der Tagesordnung stehen, sondern dass auch beim Volkssport Nummer Eins nicht vor gewalttätigen Übergriffen gegenüber Polizeibeamten und -beamtinnen halt gemacht wird.

Deutlich soll vor allem werden: Polizeibeamte sind keine anonyme Masse. Unter jedem Einsatzanzug steckt eine Kollegin oder ein Kollege – einfach ein Mensch oft nicht älter als die Randalierer selbst – mit Kindern, Familie und Freunden. Dafür soll die Kampagne der JUNGE GRUPPE (GdP) sensibilisieren.

Weitere Infos zur Aktion, Plakaten und jeweiligen Ansprechpartnern sind auf der Homepage der JUNGE GRUPPE (GdP) unter [www.gdpjg.de](http://www.gdpjg.de) zu finden.

**Torsten Rohde**

## JUNGE GRUPPE (GdP)

# Castor-Betreuung 2011

Auch Ende 2011\* soll erneut ein Castor-Transport durch das Wendland rollen und wieder einmal werden dann tausende von Kolleginnen und Kollegen an Bahngleisen, Straßen und anderen neuralgischen Punkten stehen, um den sicheren Transport der Castorbehälter in das Zwischenlager nach Gorleben zu gewährleisten.

Bereits seit einigen Jahren hat es sich die Gewerkschaft der Polizei und die JUNGE GRUPPE (GdP) daher zur Aufgabe gemacht, die eingesetzten Mitglieder vor Ort ein wenig zu unterstützen – ihnen einen heißen Kaffee oder ein paar Schokoriegel vorbeizubringen, die eine oder andere Besorgung für sie zu erledigen und ihnen selbstverständlich das alljährliche JUNGE GRUPPE (GdP) Castor Gimmick mit auf den Weg zu geben.

Damit das Betreuungsteam der JUNGE GRUPPE (GdP) auch dieses Jahr wieder ein schlagkräftiges und motiviertes

Team auf die Beine stellen kann, brauchen wir die Hilfe und Unterstützung junger Mitglieder. Bei Interesse sendet doch einfach eine E-Mail mit euren Fragen an

*Gehör findet, den diesjährigen geplanten Castor-Transport nach Gorleben, aufgrund eines nicht zu gewährleistenden zeitlich notwendigen Vorlaufs zu verschieben, kann*



**Auch beim letzten Castor-Transport wurde das Betreuungsteam der JUNGE GRUPPE (GdP) gern in Anspruch genommen.**

**Foto: Rohde**

[castor2011@gdpjg.de](mailto:castor2011@gdpjg.de) oder ruft uns einfach unter 030/399921-105 an. Wir freuen uns auf Eure Unterstützung 2011.

*\* Da zum Redaktionsschluss nicht absehbar war, ob der Appell vom Landesbezirk Niedersachsen an die Landesregierung*

*es kurzfristig zu Veränderungen in der Planung der Castor-Betreuung 2011 kommen. Wir werden Euch hierüber zeitnah informieren und bitten um Verständnis. Weitere Informationen zum Anliegen der GdP-Niedersachsen findet ihr auf [www.gdp.de/niedersachsen](http://www.gdp.de/niedersachsen).*

**Torsten Rohde**



# Nur der Staat hat das Gewaltmonopol

**Die Gewerkschaft der Polizei und der Behörden Spiegel veranstalteten gemeinsam in der Reihe Polizeitage 2011 in München den Thementag „Innere vs. Private Sicherheit und Wirtschaftskriminalität“.**

Nach intensiven Diskussionen mit Politik, Polizeiführungen und Bayerischer Staatsregierung war am Ende klar, das Thema heißt nicht öffentliche vs. private Sicherheit, sondern „Polizeiliche Hoheitsaufgaben und private Sicherheitsdienstleistungen“. Denn auch die GdP befürwortet

notwendigen Qualitätssteigerungen bei Sicherheitsunternehmen und vor allem ihren Mitarbeitern zu gewährleisten. Die Zertifizierung von Sicherheitsunternehmen wird sowohl von staatlicher Seite wie auch von der GdP begrüßt. Die Ausarbeitung von Qualitätsstandards, die dann im



**Auf dem Polizeitag in München diskutierten (v.l.n.r) Harald Schneider, MdL, Joachim Hanisch, Vorsitzender des Innenausschusses im Bayerischen Landtag, R. Uwe Proll, Chefredakteur des Behörden Spiegels, der Vorsitzende der GdP Bayern, Helmuth Bahr und Dr. Harald Olschok, Hauptgeschäftsführer des BDWS über die Grenzen Privater und Öffentlicher Sicherheit.**  
Fotos (3): Martin Jung/Behörden Spiegel

Kooperationsvereinbarungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und dem Sicherheitsgewerbe, weil damit auch das Miteinander zwischen privater und öffentlicher Sicherheit kodifiziert werden kann.

Kernpunkte dieser Kooperationsvereinbarungen sind zwar im Grunde Selbstverständlichkeiten, nämlich vor allem regelmäßiger Informationsaustausch, die Weitergabe von Sicherheitslagebildern, der Informationsaustausch bei Großeinsätzen oder die Beteiligung bei Fahndungen, doch dient die Festlegung einer weiteren Klärung des Verhältnisses zwischen Polizei und Privaten.

In 10 Bundesländern sowie auf der Bundesebene bestehen 32 Kooperationsvereinbarungen mit 123 Sicherheitsunternehmen, dabei spielt der Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS) eine führende Rolle. Ihm kommt es auch zu, die aus Sicht aller Beteiligten weiteren

Zertifizierungsprozess überprüft werden, ist eine weitere inhaltliche Entwicklung des Sicherheitsgewerbes. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Wir wollen, dass die Mitarbeiter von Sicherheitsunternehmen zuverlässige Personen sind. Sie müssen über die Grenzen ihres rechtlichen Dürfens voll orientiert sein, körperliche Fitness und ein Mindestmaß an Selbstverteidigungs- und Deeskalationskompetenzen verfügen. Das Sicherheitsgewerbe gehört nicht in eine Schmutzdecke, deshalb sind alle Maßnahmen, die die Qualität und Seriosität erhöhen, sinnvoll.“

Während die Gewerkschaft die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns begrüßt, weist der BDWS auch darauf hin, dass es gerade Aufgabe der öffentlichen Auftraggeber bei der Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen ist, auf die Einhaltung des Mindestlohnes zu achten und den Preiskampf besonders mit

Blick auf ausländische Billiganbieter in den Griff zu kriegen.

## Verwechslungen ausschließen

Kritisch anzumerken ist aus Sicht Witthauts vor allem die Zunahme an Verwechslungsmöglichkeit zwischen privater und öffentlicher Sicherheit. Zwar verlange die Bewachungsverordnung eine deutliche Unterscheidbarkeit zwischen der Dienstkleidung und der Polizeiuniform, aber nicht zuletzt durch den Wechsel der Uniform von Grün nach Blau sei heute eine Unterscheidbarkeit von Polizisten gegenüber Sicherheitsbediensteten kaum mehr sichergestellt. Dies bringe Probleme insbesondere bei der Präventionsarbeit mit Kindern, die angehalten seien Polizisten mit höchstem Vertrauen entgegenzutreten. Auch bei Einsätzen im Dunkel der Nacht sei eine deutliche Unterscheidung notwendig.

Auch für die Polizei selbst sei eine Unterscheidung erforderlich, denn die Einsatzkraft müsse wissen, ob sie einem Sicherheitsbediensteten oder womöglich einem Angreifer, der eine blaue Jacke und Mütze trage, gegenübertritt. Die GdP fordert daher in enger Abstimmung mit dem BDWS den Gesetzgeber auf, aktiv zu werden: „Wir brauchen eine klare Regelung zur Gestaltung der Dienstkleidung im privaten Sicherheitsgewerbe, z.B. durch einen festgelegten Anteil roter Bestandteile in einer Dienstkleidung“, so der GdP-Bundesvorsitzende.

Uneins war man sich auf dem Polizeitag in München allerdings über die Frage inwieweit ein Bundesgesetz, sogenanntes Aufgabenbefugnisgesetz, nationale Rechte, Pflichten und Grenzen des privaten Sicherheitsgewerbes gesetzlich regeln solle, wie dies im europäischen Ausland der Fall ist. Hiergegen spricht sich der BDWS eindeutig aus und verweist auf seine zweigleisige Strategie, nämlich einmal durch Kooperationsvereinbarungen und zum zweiten durch Qualifizierungsmerkmale und eine Zertifizierung, wie sie derzeit vom Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz erarbeitet wird, zu erreichen.

Mit Skepsis begegnet die Gewerkschaft der aus ihrer Sicht feststellbaren Aufweichung des Prinzips der unabdingbaren hoheitlichen Maßnahmen in der Hand der Polizei: „Wir betrachten mit Skepsis die Aufweichungen dieses Prinzips, z.B. die intensive, teilweise grundrechtsrelevante





Personenkontrolle im Luftverkehrsbe-  
reich oder bei Risikofußballspielen“, so  
Bernhard Witthaut. Man müsse sich schon  
ernsthaft die Frage stellen, ob bei der auch  
manuell intensiven körperlichen Betastung  
des zu Durchsuchenden an Flughäfen nicht  
die Schwelle zu einem intensiven Grund-  
rechtseingriff überschritten sei. Derzeit

**Nutzen die Gelegenheit auf dem Polizei-  
tag München zur Diskussion: Gerhard Eck,  
Staatssekretär beim Bayerischen Innenmi-  
nister, Prof. Dr. Schmidbauer, Polizeipräsident  
München, Peter Dathe, Präsident des LKA  
Bayern und Thomas Hampel, Bayerisches  
Innenministerium**

bei der Deutschen Bahn, der Einsatz  
privater Sicherheitsunternehmen immer  
umfangreicher geworden sei. Großver-  
anstaltungen seien heute ohne private  
Sicherheitsdienste nicht mehr denkbar.  
Während bei sensiblen Einrichtungen wie  
Atomkraftwerken und Flughäfen Private  
bereits in stärkerem Maße auch zur Be-  
wahrung eingesetzt würden, gäbe es doch  
erhebliche Bedenken mit Blick auf die  
Zunahme militärischer Dienstleistungen,  
die angeboten würden. Hier sei eine Dis-  
kussion im Bundestag überfällig.

Es gebe aber auch Bereiche, so die Mei-  
nung der Teilnehmerinnen und Teilneh-  
mer des Polizeitages, wo nach intensiver  
Diskussion erweiterte Kooperationen zwi-  
schen Polizei und Privaten sinnvoll seien.  
Dies gelte u.a. auch für die Strafverfolgung,  
denn Personen die gesucht würden, wür-  
den mit hoher Wahrscheinlichkeit auch  
die Deutsche Bahn nutzen. Daher wäre  
es widersinnig die DB Sicherheit nicht  
um Mithilfe zu bitten, gleichzeitig dürften  
aber auch in Zukunft die Befugnisse von  
Bahnsicherheitsbediensteten nicht erwei-  
tert werden. „Die Festnahme eines Men-  
schen über das Jedermannrecht hinaus ist  
und bleibt ureigenste Aufgabe der Polizei“,  
so der GdP-Bundesvorsitzende.

In seinem Schlusswort wies Witthaut auf  
die noch nicht abgeschlossene Diskussion  
um die Sicherheitsarchitektur nach dem  
verheerenden Terroranschlag vom 11. Sep-  
tember hin. Diese Diskussion müsse auch  
zum Ziel geführt werden, dass Sicherheit  
für die Bürger nicht nur an bestimmten  
Orten, sondern überall gewährleistet  
werden könne. Mit Sorge sei zudem die

Entwicklung in manchen Kommunen zur  
Segregation zu beobachten. So müssten  
alleine wegen ihrer wirtschaftlichen Situati-  
on 1.500 Familien in Berlin aus ihren alten  
Wohnungen heraus und es bestehe die  
Tendenz die Betroffenen in bestimmte Re-  
gionen der Stadt zu drängen. Hier bestün-  
de die Gefahr, dass besonders schwierige  
Stadtteile mit kritischen Sozialstrukturen  
entstünden. Klamme Haushaltslagen der  
Kommunen und auch die Schuldenbrem-  
se von Bund und Ländern dürften nicht  
zu weniger Ausgaben für die öffentliche  
Sicherheit führen.

„Das Wort versus streichen wir nach  
dem heutigen Polizeitag aus dem Titel, das  
Wort kann zukünftig keine Rolle mehr  
spielen. Wir müssen eine strukturierte  
Kooperation und Zusammenarbeit fin-  
den. Der Polizeitag München hat einen  
neuen Aufbruch für das Thema gegeben,  
wird weitere Diskussionen anstoßen und  
alle Beteiligten wie auch uns zu weiterer  
Denkarbeit hierüber anregen. Das An-  
gebot der GdP auch an den BDWS zu  
weiteren intensiven Gesprächen steht“,  
so Witthaut am Ende der Veranstaltung.

**Uwe Proll**



**GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut  
bei seinem Schlusswort**

**Die Festnahme eines  
Menschen über das Jeder-  
mannsrecht hinaus ist und bleibt  
ureigenste Aufgabe der Polizei.**



**Bernhard Witthaut**

müsse man aber feststellen, dass ein gesell-  
schaftlicher Konsens bestehe, dass Private  
so intensiv agieren dürften.

## Sinnvolle Kooperationen

Mehr als deutlich wurde auf dem Po-  
lizzeitag München, dass auch durch die  
Ausweitung des privaten Raums, z.B.



**BRUNOX®**  
**Waffenpflege ist**  
- **Lauffreinigung,**  
- **Korrosionsschutz**  
- **und Schmierung**

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:  
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

**NEU- oder GEBRAUCHTWAGEN?**  
Wir liefern Fahrzeuge aller **NAMHAFTER**  
**HERSTELLER** zu **GÜNSTIGEN**  
**PREISEN.**

**SERVICE**  
wird bei uns groß geschrieben.

Informieren Sie sich!  
**Telefon: (02207) 76 77**  
[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)

**[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)**  
**Alle Polizeifeste  
der GdP auf einen Blick!**



# Grenzen gesetzt

**DP hatte im Juni einen Beitrag zum Komasaufen unter dem Titel „Saufen bis zum Filmriss“ veröffentlicht. Im Artikel werden Daten, Fakten, Absichtserklärungen, Gründe und Hintergründe genannt, Vorschläge gemacht, was zu tun ist. In der Kleinstadt Radevormwald mit aktuell rund 23.000 Einwohnern ist was getan worden. Und zwar mit durchschlagendem Erfolg.**

Anfang/Mitte 2005 wurde auf Grund einer Vielzahl an Vorkommnissen in der Innenstadt und auf öffentlichen Festen der Handlungsbedarf immer dringender. Dass bei den meisten Aggressionsdelikten durch Jugendliche/Heranwachsende Alkohol im Blut als Mitauslöser angesehen werden musste, war klar.

Auch mit Blick auf die damals anstehende Fußball-WM keimte hier auf der Wache die Idee auf, mit Betretungsverboten, konsequentem Umsetzen des Jugendschutzgesetzes und enger Auslegung der Satzungen dem ausufernden Danebenbenutzen vorwiegend Jugendlicher entgegenzutreten.

Nun ist es nach meinem Verständnis nicht Aufgabe der Polizei, junge Menschen vom Saufen abzuhalten.

Wofür die Polizei allerdings einzustehen

liegenden Strafanzeigen, durch die KPB ausgesprochen werden mussten. Was anfangs viel Ermittlungs- und Schreibaufwand verursachte.

Die Betretungsverbote, auf Grund derer potentielle Störer einen genau bestimmten Bereich im Stadtgebiet nicht betreten dürfen, sind auch zeitlich exakt auf die Erfordernisse abgestimmt.

Der Rest war Stadtsache, unterstützt von den hiesigen Kollegen, überwiegend vom Bezirksdienst.

## „Störender Alkoholkonsum“

Zunächst wurden aufklärende Handzettel gedruckt und bei gemeinsamen Streifen von Ordnungsamt/Jugendamt/Polizei an die entsprechende Klientel verteilt. Es wurde dabei deutlich darauf hingewiesen,

dass in naher Zukunft der Satzungsbezug „störender Alkoholkonsum“ größeres Gewicht erlangen würde. Ebenso wurden SB-Märkte und Tankstellen besucht und bzgl. Alkoholverkauf genau informiert. Die Kneipen ebenso.

Parallel dazu wurden die Kollegen sowie die Mitarbeiter der Ordnungspartner durch einen wirklich guten auswärtigen Referenten bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Regeln des Jugendschutzgesetzes vertrauter gemacht.

Dabei konnte festgestellt werden, welches mächtige Instrument dieses Gesetz z.B. ist, wenn man jugendgefährdende Orte im Stadtgebiet definieren kann. Sogar hat man im Prinzip immer, wenn auf Kinderspielflächen, Schulhöfen oder häufig durch Jugendliche frequentierten Innenstadtbereichen gezecht wird.

An anderen Stellen, hier seien u.a. Parkhäuser, Busbahnhöfe, Denkmäler, Wanderwege oder öffentliche Parkflächen genannt, lässt sich die Trinkerei unterbinden, weil sich schon nach kurzer Zeit das Un-

wohlsein der Passanten erkennen lässt. Und schließlich sind da auch Kinder unterwegs. Dort „störender Alkoholkonsum“ zu diagnostizieren ist wohl mehr als angebracht.

Hinzu kommt die Zweckgebundenheit mancher Bauwerke. Ein Busbahnhof heißt Busbahnhof, weil dort mit dem entsprechenden Anstand auf den Bus gewartet und nicht hemmungslos gesoffen und in der Gegend herum uriniert wird.

Dazu begleitend werden die älteren Schüler der hiesigen weiterführenden Schu-



Der „alkoholfreie“ Markt. Fotos: privat

len seit Jahren, lange bevor die restlichen Maßnahmen umgesetzt wurden, in den entsprechenden Stufen mindestens einmal im Jahr über Begriffe wie Hausrecht, Beleidigung, Körperverletzung, Gewahrsam und Strafanzeige altersgerecht, und soweit ich das beurteilen kann auch erfolgreich, aufgeklärt.

Nun muss ich aber auch mitteilen: Die Sache ist richtig personal- und arbeitsintensiv, mit über einen gewissen Zeitraum wöchentlichen, gemeinsamen Kontrollen. Danach anlassbezogene, in jedem Fall aber vor/bei größeren Veranstaltungen. Ebenfalls muss der aufgefundene Alkohol an Ort und Stelle entsorgt, in Ausnahmefällen sichergestellt werden; auch schon auf den Anreisewegen zu Veranstaltungen. Da müssen Eltern verständigt und Anzeigen gefertigt werden. Außerdem gehen manche solcher Aktionen nicht immer mit Einverständnis der Betroffenen über die Bühne.

Aber es lohnt sich. Alkoholunterstützte Straftaten im Innenstadtbereich fallen nur noch selten an.

Das alles funktioniert wirklich nur mit den entsprechend motivierten Mitarbeitern aller beteiligten Institutionen. Sitzen da irgendwo ausgemachte Bedenkenträger oder Hasenfüße zwischen: Sache vergessen! Ansonsten: Einfach mal anfangen!

Was hier streng limitiert auf unsere kleine Stadt Erfolg bringt, klappt gewiss auch in anderen Städten.

**Klaus Germann,  
Bezirksdienst Radevormwald**



Der Verfasser vor dem Teil des Busbahnhofes, am dem in der Vergangenheit exzessiv und hochfrequent getrunken wurde – mit allen Folgeerscheinungen: jede Menge Müll und häufige Belästigungen der Passanten.

hat, ist die Sicherheit der vernünftigen Bürger, also der Gefahrenabwehr. Und daher wurden hier mit den Ordnungspartnern Jugendamt und insbesondere mit dem Ordnungsamt intensive Gespräche bzgl. der Umsetzungsmöglichkeit der beschriebenen Idee geführt.

Schnell war erkannt, dass die Betretungsverbote (zu Beginn der Aktionen 16-18, heute ein, zwei Stück), mit denen öffentliche Veranstaltungen geschützt werden sollten, für die Krawallmacher, fußend auf den entsprechenden und bereits vor-





## Dienstliche Beurteilung eines Polizeibeamten

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat sich im Urteil vom 6.12.2010 – 6 A 596/10 – mit der dienstlichen Beurteilung eines Polizeibeamten befasst, die von dem Betroffenen nicht akzeptiert wurde. Die Wertung war bei den Hauptmerkmalen „Sozialverhalten“ und „Mitarbeiterführung“ waren herabstufend ausgefallen. Nach der Auffassung des Gerichts kam eine vergleichende Betrachtung der Beurteilungsvorschläge von zwei an der Endbeurteilungsbesprechung teilnehmenden Bediensteten nicht in Betracht. Die vergleichende Betrachtung der Beurteilungsvorschläge wurde nach der Auffassung des Gerichts letztlich erst in der Endbeurteilerbesprechung vorgenommen. Regelmäßig wird deshalb auch erst in diesem Zeitpunkt für die Endbeurteiler erkennbar, ob und in welchem Umfang ein weiterer Informationsbedarf besteht, um durch Herabstufung einzelner Beurteilungen das Ziel leistungsgerecht abgestufter und untereinander vergleichbarer Beurteilung zu erreichen.

Nach der Auffassung des Gerichts kann es regelmäßig sinnvoll sein, den Teilnehmerkreis der Beurteilungsbesprechung nicht zu weit auszudehnen. Insbesondere ist die Anwesenheit sämtlicher Erstbeurteiler, die die zu Beurteilenden jeweils aus eigener Anschauung kennen, nicht zwingend erforderlich.

Eine Häufung überdurchschnittlicher Beurteilungsvorschläge ist für sich betrachtet keine hinreichende Grundlage für die generell Beurteilung der von diesem Beurteiler stammenden Vorschläge. Entscheidend bleibt allein, wie sich das individuelle Leistungsbild des Beamten im Verhältnis zu den Beamten seiner Vergleichsgruppe darstellt.  
**RA Dr. Otto**

## SOMMER-PREISAUSSCHREIBEN

### Die Gewinner

*Zu unserem Sommer-Preisausschreiben in der Juni-Ausgabe sind wieder zahlreiche Zuschriften gekommen. Die meisten waren richtig – obwohl das Thema sicher nicht ganz einfach zu bewältigen war. Manch eine/einer hat ordentlich im Internet recherchieren müssen. Aber, so wurde uns bestätigt, man hat ein bisschen mehr über das Thema „Die weibliche Seite der Polizei“ erfahren. Unter all den richtigen Einsendungen haben wir nun die Gewinner gezogen, die folgende Preise erhalten:*

#### 1. Preis:

**Chronograph F16 von Luminox**  
Nico Scharle (BB)

#### 2.-11. Preis:

**Force Coffret mit jeweils 55 ml Force, Eau de Toilette und 150 ml, Force Duschgel von Biotherm Homme**

Maik Körner (MV), Daniel Käbisch (B), Katja Jelinek (NI), Helmut Schöbel (B), Thomas Hölscher (NRW), Hans Peter Fischer (SH), Helmut Schulz (NI), Stephan Gust (SN), Sven Rottenberg (HB), Christian Hamm (RP)

#### 12.-21. Preis:

**Pflegeset für Sie und Ihn mit jeweils 2 Augen-Roll-On, 2 Bodylotions (Aloe Vera und Mango), 4 Deos**

Michael Hummel (RP), Cindy Wachner (BY), Hildegard Selzer (SL), Sabine Rößner (HE), Sandra Liedtke (BP), Lydia Rill (RP), Nicole Wendt (BY), Julian Twenning (HE), Jan Schulze (BB), Siegfried Meiners (NRW)

#### 22. Preis:

**Taschenlampe (OSG)**  
Daniel Efler (B)

#### 23. Preis:

**Kulturtasche (OSG)**  
Katja Weiske (ST)

#### 24. Preis:

**Drink Safe (OSG)**  
Wolfgang Boe (SH)

#### 25. Preis:

**Tasche mit Regenschirm (OSG)**  
Herbert Schmidt (BY)

#### 26. Preis:

**Fächermappe (OSG)**  
Daniel Rambauske (BP)

#### 27. Preis:

**Notizmappe (OSG)**  
Nicole Meyhöfer (NI)

**Den Gewinnerinnen und Gewinnern unseren herzlichen Glückwunsch! Die Preise werden in den nächsten Tagen zugesandt.**

#### Und so lauteten die richtigen Antworten:

- Frage: b) Hamburg
- Frage: a) 1990 auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress
- Frage: c) Käte Biebel
- Frage: b) Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (GewSchG)
- Frage: a) Frauen in der GdP – die Zukunft ist weiblich!
- Frage: c) Dagmar Hölzl
- Frage: a) rund 23 Prozent



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

... wieder Atem schöpfen



## Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

#### Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



# Einfach mal schalten

## Vorschläge zur Energieeinsparung am Beispiel des PP München

**Die Energiespardebatte hat gerade in den letzten Monaten gehörig Fahrt aufgenommen. Unser Mitglied Bernd Kratzer hat sich aber bereits weit davor Gedanken um Energieeinsparungen in seiner unmittelbaren Arbeitsumgebung gemacht, die vielleicht auch in anderen polizeilichen Einrichtungen Schule machen könnten: Er hat das PP München unter die Lupe genommen.**

Beim PP München kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Diskussionen wegen aktiven Energieeinsparungsversuchen. Mitarbeiter fühlten sich gestört durch das Ausschalten von Lichtern – obwohl gefühlt genug Tageslicht in den Fluren und Gängen vorhanden war. Anderen Mitarbeitern war es zu viel, Kopierer oder Drucker am Morgen einzuschalten, obwohl diese Geräte die ganze Nacht oder sogar das ganze Wochenende nicht gebraucht wurden. Auch die Vorlage des PRdS (Präsidialrundschriften) mit dem Titel „Energieeinsparung im Bereich des Polizeipräsidiums München“ half nichts. Hier wurde meist darauf verwiesen, dass dieses PRdS im Konjunktiv geschrieben wäre und somit keine richtige Dienstordnung sei.

Aus meiner Sicht gibt es beim PP München eine ganze Reihe von Energieeinsparmöglichkeiten – insbesondere, wenn man das unnötige Brennenlassen von Leuchtmitteln und das Nichtausschalten von elektrischen und elektronischen Geräten betrachtet. Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass sowohl bei der Wärmedämmung als auch bei der gesamten Steuerung der Wärmeversorgung enorme Einsparmöglichkeiten vorhanden sind.

### Energieeinsparung bei der Benutzung von Leuchtmitteln

Über mehrere Jahre hinweg fiel mir auf, dass in den Gebäuden des PP München sehr häufig Licht brennt, wo es nicht nötig ist. Hierzu gehören insbesondere Flure und Gänge in allen Gebäuden. Auch die WCs, Dusch- und Umkleieräume gehören hier in hohem Maße dazu. In diesen Räumlichkeiten halten sich über längere bis sehr lange Zeiträume, oder sogar ganzen Wochenenden keine Personen auf und die Lichter brennen häufig doch. Nachdem ich mich zu dieser Ausarbeitung entschieden habe, ging ich in 4 Nächten durch das Gebäude des Polizeipräsi-

ums München. Bei diesen Rundgängen ging ich durch sämtliche Flure, Gänge, Treppenhäuser und für mich zugängliche Herren-WCs, und zählte hierbei die in Betrieb befindlichen Beleuchtungseinrichtungen. Ich nenne es ausdrücklich Beleuchtungseinrichtungen und nicht Lampen, da sich unter einigen Abdeckungen offensichtlich mehrere Lampen befinden und somit die genaue Anzahl nicht gezählt werden konnte. Im Durchschnitt brannten 146 Beleuchtungseinrichtungen. Die tatsächliche Anzahl der brennenden Lampen liegt somit viel höher.

Auffällig war vor allem, dass in vielen WC-Anlagen die Lichter brannten, obwohl sich keine Person darin befand. Also wurden diese Lichter nicht gebraucht. Es handelt sich somit um vergeudete Energie.

Eine telefonische Rücksprache beim Hauselektriker des PP Münchens ergab, dass eine Lampe im Durchschnitt 18 Watt Leistung benötigt. Wenn nur davon ausgegangen wird, dass dieses Licht in der Nachtzeit von 18 Uhr bis 6 Uhr nicht benötigt wird, können jede Nacht mindestens 31,536 kWh eingespart werden. Dies berechnet sich aus 146 Lampen à 18 Watt à 12 Stunden. Dies entspricht jährlich 11,51 MWh. Wenn ein Strompreis von 20,73 Cent/Kilowattstunde zugrunde gelegt wird, wird jährlich ein Betrag von 2.386,15 Euro alleine im Haus des PP München unnötig verbraucht, und hierbei handelt es sich nur um die Flure, Gänge und einige wenige Herrn-WCs.

Dieses Einsparungspotential liegt aber um ein vielfaches höher, denn viele dieser Lichter werden auch tagsüber nicht ständig benötigt.

### Energiesparen bei EDV-Geräte und Kopierern

Bei meiner langjährigen Tätigkeit beim PP München stellte ich fest, dass die PCs so wie die dazugehörigen Bildschirme und Drucker wie auch die Kopiergeräte

Tag und Nacht an sind. Besonders während der Nachtzeit und an Wochenenden werden diese Geräte nicht benutzt und verbrauchen im Standbybetrieb unnötig Energie. Schauen wir uns nur die PCs und Monitore an:

Die im PP München verwendeten PCs haben im Standbybetrieb einen Energieverbrauch von 1,9 Watt. Bei einer durchschnittlichen Betriebszeit von 12 Stunden an Wochentagen befindet sich ein PC jährlich 5.616 Stunden im Standby-Modus und verbraucht 10,67 kWh Energie. Bei vermuteten 2.934 PCs bedeutet dies eine Energieverschwendung von 31.305,70 kWh im Jahr, was 6.489,69 Euro Steuermittel ausmacht.

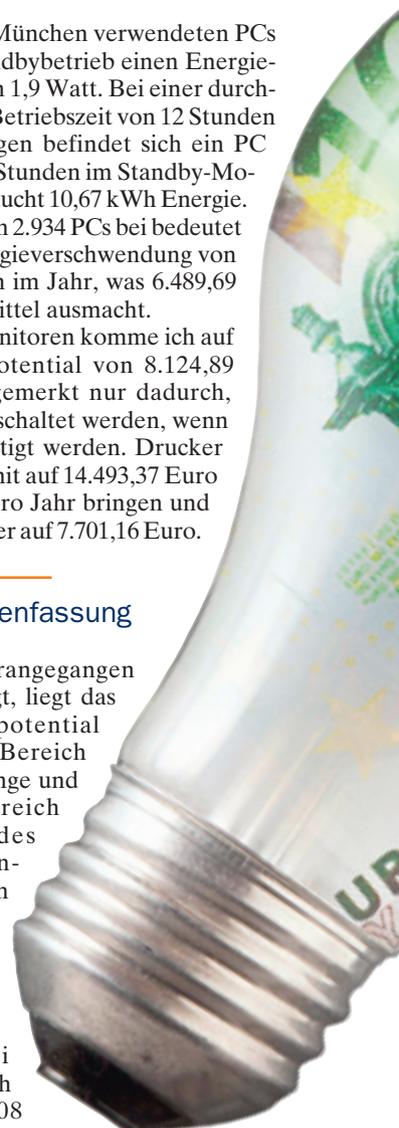
Bei den Monitoren komme ich auf ein Einsparpotential von 8.124,89 Euro – wohlgerneht nur dadurch, dass sie ausgeschaltet werden, wenn sie nicht benötigt werden. Drucker würden es damit auf 14.493,37 Euro Steuermittel pro Jahr bringen und unsere Kopierer auf 7.701,16 Euro.

### Zusammenfassung

Wie im vorangegangenen Teil aufgezeigt, liegt das Einsparungspotential lediglich im Bereich der Flure, Gänge und WCs im Bereich des Gebäudes des PP München sowie den PC-Arbeitsplätzen und Kopierern im Dienstbereich des PP München bei 189,04 MW/h und 39.197,08 Euro.

Diese Rechnung ist sehr konservativ gehalten, um nicht den Eindruck von verblendeten Aktionismus zu erliegen. Das Einsparungspotential liegt in wahrscheinlich um einiges höher, da – wie vorn genannt – die tatsächliche Anzahl von Lichtern und die tatsächliche „sinnlose“ Brennzeit der Lampen viel höher liegt.

Ebenfalls wurden die Standby-Zeiten



sehr konservativ gerechnet. Krankheits-, Urlaubs- sowie Feiertage wurden in die Berechnung nicht einbezogen. Auch wurde eine Betriebszeit von 60 Stunden pro Woche angenommen, obwohl die wöchentliche Arbeitszeit bei Beamten bei 42 Wochenstunden liegt. Die kürzere Arbeitszeit bei Angestellten wurde ebenfalls nicht in die Berechnung einbezogen.

sinnvoll. Je nach Informationsquelle können durch solche Bewegungsschalter bis zu 90 % Kritiker halten hier entgegen, dass durch das laufende Einschalten die Energiesparlampe erheblich mehr Strom verbraucht, als wenn sie stetig brennt. Ich habe mich erkundigt: Nach Expertenauskunft wird durch den Einschaltvorgang einer Energiesparlampe keine Energie verschwendet.

Eine telefonische Nachfrage bei der Innung für Elektro- und Informationstechnik in München ergab, dass der Einbau von Bewegungsschaltern in jedem Haus möglich ist und für alle Beleuchtungsbedürfnisse in einem Haus sinnvoll eingestellt werden kann.

Bei der Nachrüstung mit Bewegungsschaltern sind jedoch viele Gegebenheiten zu beachten: daher ist eine Konsultation eines anerkannten und geprüften Energieberaters sinnvoll.

### Einsparmöglichkeiten bei der Benutzung von PC-Arbeitsplätzen

So günstig und einfach wie hier ist das Energiesparproblem in keinem andern Bereich zu lösen: Es ist lediglich eine internetfähige Mehrfachsteckdose erforderlich. Mit dieser Steckdose sind der PC, der Drucker und der Bildschirm zu verbinden. Über ein kleines Programm kann der PC nach einer bestimmten Zeit der Nichtnutzung automatisch ausgeschaltet werden und die internetfähige Mehrfachsteckdose schaltet den Strom für alle angeschlossenen Geräte ab. Die Anschaffungskosten für dieses Programm liegen für alle PC-Arbeitsplätze bei ca. 100 Euro. Eine solche Steckdose kostet zwischen 100 Euro und 200 Euro.

Die Datensicherheit des PP Münchens ist dadurch nicht gefährdet. Und mittels des o.g. Programms kann der PC jederzeit wieder schnell angeschaltet und hochgefahren werden.

### Energieerziehung

Wenn ich Kollegen auf die Energieverschwendung anspreche, stoße ich noch auf viel Unverständnis („das bisschen Strom kostet doch nichts“, „ist das dein Strom?“, „musst du den Strom bezahlen?“...) Einige der Kollegen bringe ich aber auch tatsächlich zum Nachdenken.

Meines Erachtens fehlt es noch zu sehr an Aufklärung. Ob eine Energieerziehung bei allen Polizeibeamten in Form eines Unterrichtes möglich ist, wage ich zu bezweifeln. Jedoch eine Energie-Umwelterziehung bei den Führungskräften halte ich für machbar. Diese Führungskräfte sollten dann mit gutem Beispiel vorangehen und auch auf die Mitarbeiter einwirken. Diese Art des Lernens von einer anderen Person bzw. einem „Vorbild“ wird in der Psychologie als „Lernen am Modell“ bezeichnet und ist als sehr effektiv anerkannt.

Meiner Erfahrung nach geht es leider oft nicht ohne Druck. Daher rege ich zusätzlich an, das PRdS „Energieeinsparung im Bereich des Polizeipräsidiums München“ in den Imperativ umzuschreiben und es im PP München bekannt zu machen. Zudem sollten die Führungskräfte mit der Umsetzung und der Kontrolle der Inhalte des PRdS explizit beauftragt werden.

### Fazit

Energiesparen geht uns alle an. Sparen und Investieren. Diese Ausarbeitung beweist, dass diese Aussagen tatsächlich mit zum Teil sehr geringen Investitionen in Einklang zu bringen sind. Natürlich ist hierzu ein guter Wille der Verantwortlichen die eigentliche Voraussetzung. Die Ausrede, „Das gibt unser Budget nicht her“ oder „Dafür haben wir kein Geld“ zählt hier nicht. Das System der vielen Kassen ist nur eine Ausrede um Investitionen nicht tätigen zu müssen. Im Endeffekt bezahlen diese Investitionskosten die bayerischen Bürger mit Ihren Steuern und der gesamte bayerische Staatshaushalt wird belastet. Die Einsparungen, welche durch die hier aufgezeigten Investitionen, erreicht werden können, übertreffen die Investitionsausgaben auf mittlere bis lange Sicht um ein Vielfaches. Diese Investitionen entlasten den Staatshaushalt, und der tatsächliche Wert für die Umwelt ist in Euro und Cent gar nicht messbar. Dieser Wert wird in Wohlbefinden, Naturgenuss und Glück gemessen.

**Bernd Kratzer, KOK,  
PP München – K 91.2**

*Der Text wurde etwas gekürzt. Darüber hinaus haben wir aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf Quellen- und Literaturangaben verzichtet. Der unveränderte Originaltext mit allen Quellenhinweisen und Literaturangaben ist in der elektronischen Ausgabe unserer Zeitung im Internet [www.gdp.de](http://www.gdp.de) hinterlegt.*



Foto: dpa

Das Aufzeigen von Energieverschwendung ist ein Leichtes, aber damit ist niemandem geholfen. Darum möchte ich einige Vorschläge zu Energiesparmöglichkeiten vorstellen.

### Einsparmöglichkeiten bei der Benutzung von Leuchtmitteln

Eine der einfachsten Möglichkeiten bei der Lichtsteuerung ist der nachträgliche Einbau von dämmerungsabhängigen Bewegungsschaltern. Diese Geräte schalten das Licht (das Beleuchtungsmittel) je nach vorab eingestellter Helligkeit bei Bewegungen in einem Raum ein. Das Licht wird dann nach einer vorab eingestellten Zeit eines bewegungslosen Zeitraumes ausgeschaltet. Solche Bewegungsschalter sind für das gesamte Anwesen sinnvoll, also nicht nur für Gänge, Flure und WCs, sie sind auch für Büros und sonstige Räumlichkeiten geeignet. Aus meiner Sicht sind diese Geräte nur für Räumlichkeiten, die im Schichtdienst genutzt werden, nicht



# Kompakt und preiswert

## Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie

Herausgegeben von:

**Horst Clages**, Ltd. Kriminaldirektor a. D.,  
**Klaus Neidhardt**, Präsident der Deutschen  
Hochschule der Polizei.

Format: 17 x 24 cm.

12,90 EUR [D], 23,30 sFr. je Brief im Abonnement und  
14,90 EUR [D], 26,70 sFr. je Brief im Einzelbezug.



### Neuerscheinungen

#### **Band 16: Grundlagen der Kriminaltechnik I**

Von **Christoph Frings** und **Frank Rabe**.

124 Seiten

ISBN 978-3-8011-0663-8

Die kriminaltechnischen Untersuchungsmethoden wurden in den letzten Jahren zunehmend verfeinert. Der Sachbeweis hat damit sowohl im Ermittlungsverfahren als auch im Strafprozess in erheblichem Maße an Bedeutung gewonnen. Beweisführung und Urteilsfindung vor Gericht stützen sich mehr und mehr auf den Sachbeweis.

In den Lehr- und Studienbriefen Band 16 und 17 stellen die Autoren, ausgehend von einem versuchten Sexualdelikt als Leitsachverhalt, umfassend und praxisnah den derzeit aktuellen Stand der kriminaltechnischen Möglichkeiten dar. Die wesentlichen Spurenkomplexe werden allgemein

#### **Band 17: Grundlagen der Kriminaltechnik II**

Von **Christoph Frings** und **Frank Rabe**.

112 Seiten

ISBN 978-3-8011-0664-5

verständlich anhand dieses Sachverhaltes erläutert und durch umfangreiches farbiges Bildmaterial veranschaulicht.

„Kriminaltechnik I“ handelt die kriminaltechnischen Begriffe, die Grundlagen der Spurensuche und Spurensicherung sowie die wesentlichen Formspuren ab.

„Kriminaltechnik II“ widmet sich u. a. DNA-Spuren, Schuss Spuren, Haarspuren, Faserspuren sowie Geruchsspuren und chemischen Fangmitteln. Am Ende des zweiten Bandes findet sich zudem eine komplette Lösungsskizze zur kriminalistischen Fallanalyse des Leitsachverhaltes.

**Hinweis:** Band 16 wird am 15. August 2011 erscheinen. Band 17 ist ab dem 4. Oktober 2011 erhältlich sein.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

Fortsetzung von Seite 5



Gesundheit riskieren und dafür eine geringe finanzielle Anreizung erhalten.

Der Unterschied zwischen dem Wochenende und den normalen Wochentagen in der Nachtzeit ist sehr gering. Auch müssen die Kollegen der Schicht bei Beurteilungen oft erfahren, dass ihre Dienstverrichtung nicht so hoch gewertet wird, wie so mancher Tagesdienstposten. Die Regel sollte eigentlich sein, dass die Polizei den Dienst für den Bürger, der in der Regel durch Beamte der Polizei im Schichtdienst wahrgenommen wird, höher gewertet wird. Hier wird sicherlich ein Aufschrei von Tagesdienst Leistenden kommen.

Sicher haben sie einige Zeit auch auf der Straße zugebracht, aber der Beamte der Schicht ist als Erster vor Ort bei den verschiedenen Einsätzen, sei es bei Unfällen aller Art, oder sogar Kapitaldelikten. Wenn er hier einen Aufnahmefehler begeht, kann dieser selten wieder korrigiert werden. Auch in der Nacht um 3 oder 4 Uhr.

*Dietmar Wasserburger, per E-Mail*

Völlig zutreffen beschreiben Sie die Risiken und die Auswirkungen auf den Organismus der über Jahre und Jahrzehnte schichtdienstleistenden Kollegen und Kolleginnen. Leider ist dies dem Dienstherrn nur wenig Anerkennung wert. Ein paar Urlaubstage und etwas Zulage für den „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ sollen den Ausgleich für den unregelmäßigen und belastenden Schichtdienst schaffen. Das ist zu wenig!!

Werden Sie als meine Berufsvertretung nicht müde, von den Dienstherrn der Länder und des Bundes adäquate Entschädigungen für Jahrelangen Schichtdienst einzufordern. Schichtdienst muss einen höheren Stellenwert in der Organisation Polizei erlangen und die KollegInnen finanziell bessergestellt und zeitlich sowie hinsichtlich der Arbeitsbelastung entlastet werden.

*Hans Bergdolt,  
Dienstgruppenleiter im Schichtdienst  
PHK*

Grundsätzlich sollte mal über die Bewertung des Schichtdienstes innerhalb der Polizei nachgedacht werden. Bei einer Vielzahl von Kollegen besteht mittlerweile zu recht der Eindruck, dass der Schichtdienst innerhalb der Polizei ins Abseits gestellt wurde und kein sonderlich großes Ansehen hat. Dies wird einem alle zwei Jahre dann wieder in Form der Beurteilung suggeriert und man muss sich mit anderen Kollegen in der Vergleichsgruppe messen lassen, obwohl die verschiedenen Arbeiten nicht miteinander vergleichbar sind. Die „guten Polizisten“ sitzen alle woanders auf ihren festen Stühlen und profitieren von ihren guten Beurteilungen. Ich kann mich während meiner mehr als 25 Dienstjahre, an mehrere Beispiele erinnern, wo Kollegen im Schichtdienst über Jahre in der großen Masse mit schwimmen und ab dem Zeitpunkt, als sie nicht mehr dem Schichtdienst angehörten, zu den am besten Beurteilten gehörten.

*Markus Kühn, per E-Mail*



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto)
- weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten –
- 1,65 % p.a. Guthabenverzinsung

mit der GdP-VISA-Card  
mit der GdP-VISA-Card  
mit der GdP-VISA-Card

**Zu beantragen unter [www.gdp.de/kreditkarte](http://www.gdp.de/kreditkarte)**



# Autobahnen im Osten am sichersten

## Raser im besten Alter und in PS-starken Autos trüben gute Bilanz

**Der ACE Auto Club Europa hatte unmittelbar vor dem Höhepunkt der Ferienreisewelle davor gewarnt, die Unfallgefahren auf Autobahnen zu unterschätzen. Nach Auswertung von Zahlen des Statistischen Bundesamtes kommt der Club zu dem Schluss, dass vor allem in den Sommermonaten das Unfallrisiko steigt.**

Dass Autobahnen an Wochenenden deutlich sicherer seien als an Werktagen wäre, sei laut ACE eine verbreitete, aber falsche Annahme. So passieren an einem durchschnittlichen Dienstag oder Mittwoch weniger Autobahnunfälle als an einem Samstag oder Sonntag.

Zwar gelten Autobahnen in Deutschland im Vergleich zu allen anderen Straßenarten als relativ sicher – kommt es auf einer Schnellstraße aber zu einem Unfall, sind die Folgen häufig weit schwerwiegender als auf anderen Verkehrswegen. „Nur jeder 20. Verkehrsunfall in Deutschland passiert auf einer Autobahn – doch ist auf diesen Strecken mehr als jeder zehnte Verkehrstote zu beklagen“, erklärte ACE-Sprecher Rainer Hillgärtner. Er verwies dabei auf eine von seinem Club jetzt vorgelegte Studie über Autobahnunfälle.

Danach sank die Zahl der Autobahnunfälle mit Personenschaden in den vergangenen zehn Jahren (2000 – 2009) kontinuierlich um mehr als 28 Prozent, während die Zahl aller Verkehrsunfälle mit Personenschaden im selben Zeitraum lediglich um 18,8 Prozent zurück ging.

„Autobahnen können in punkto Verkehrssicherheit eine insgesamt gute Bilanz vorweisen, sie wird aber leider getrübt von Rasern, deren Gemeinsamkeit meist darin besteht, dass sie sich im besten Alter befinden und PS-starke

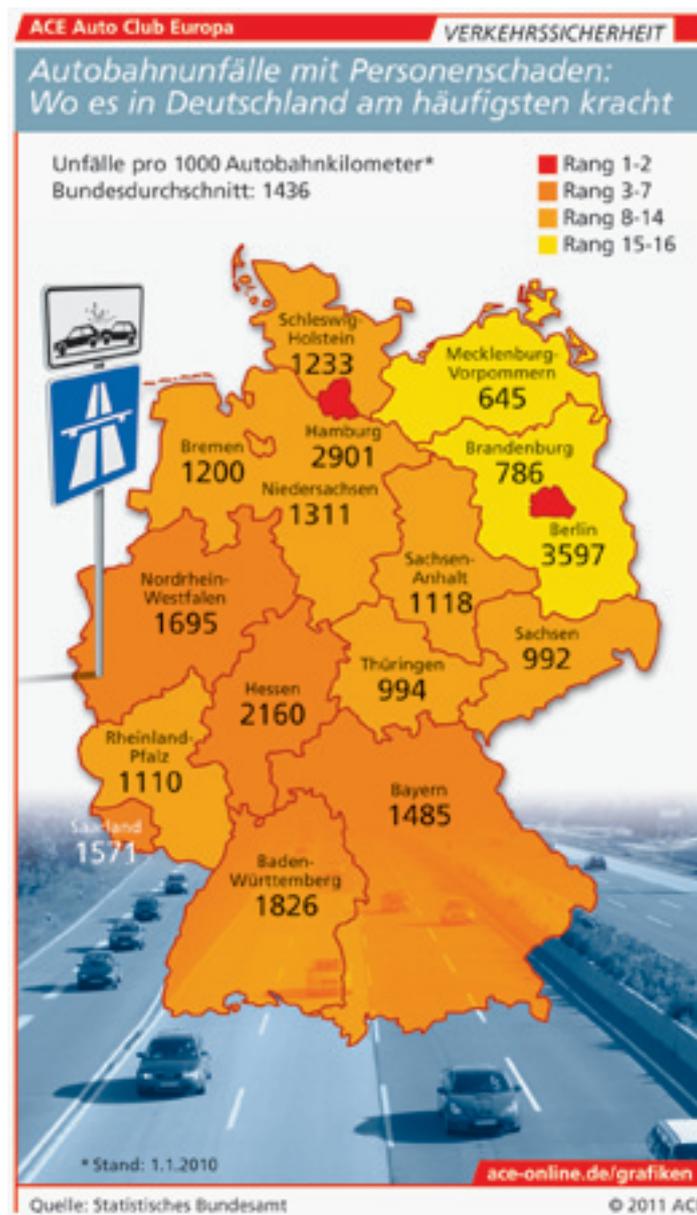
Autos bevorzugen“, sagte Hillgärtner. Demnach weist die Altersklasse der 25- bis 35-jährigen Fahrer die höchste Verursacherquote auf, direkt dahinter folgen die Fahranfänger im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die meisten an Autobahnunfällen

Beteiligten werden allerdings in der Altersklasse zwischen 35 und 45 Jahren gezählt.

Auffallend ist zudem, dass Fahrzeuge mit einer Leistung bis 75 PS in deutlich geringerem Umfang in Autobahnunfällen verwickelt sind. Pkw mit einer Leistung über 90 kW (122 PS) sind dagegen überproportional häufig an Unfällen beteiligt.

Als beunruhigend wertet der ACE die Tatsache, dass bei 40 Prozent aller Autobahnunfälle die Verursacher mit nicht angepasster Geschwindigkeit führen. „Für eine beachtliche Minderheit ist die Aufhebung einer Geschwindigkeitsbegrenzung offenbar gleichbedeutend mit einem Freibrief zum Rasen“, kommentierte ACE-Sprecher Hillgärtner die hohe Zahl von Tempounfällen. Zugleich erinnerte er daran, dass Fahrer, die schneller als mit der in Deutschland geltenden Richtgeschwindigkeit von 130 Kilometer pro Stunde (km/h) unterwegs sind, im Falle eines Unfalls grundsätzlich selbst dann mit der Anrechnung einer Teilschuld rechnen müssten, wenn sie nicht direkt für den Unfall verantwortlich gemacht werden können.

ACE



**Autobahnunfälle: Die Länderbilanz ist uneinheitlich; auffallend ist, dass bis auf Berlin alle ostdeutschen Bundesländer Zahlen aufweisen, die besser sind als der Bundesdurchschnitt.**



# Für die Praxis



## Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Leitfaden für Ausbildung, Fortbildung und Praxis mit den wichtigsten Gesetzen und Verordnungen

Von **Detlef Salentyn**,  
begründet von **Hans-Jörg Nitze** †.  
7. Auflage 2008, 448 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
29,90 € [D], 52,- sFr.  
ISBN 978-3-8011-0567-9



## Großraum- und Schwertransporte

Grundlagen für die polizeiliche Praxis

Von **Thomas Andres** und **Klaus Peter Leg**.  
2. aktualisierte Auflage 2009, 232 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0581-5



## Ausländer im deutschen Straßenverkehr

Ein Leitfaden für die Kontrolle ausländischer Verkehrsteilnehmer

Von **Bernd Huppertz**,  
begründet von **Bernd Brutscher**.  
3., vollst. überarb. und erw. Auflage 2010,  
256 Seiten, DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0526-6



## Manipulierte Verkehrsunfälle

Leitfaden für die polizeiliche Praxis

Von **Ralf König**.  
1. Auflage 2001, 192 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
18,40 € [D], 33,- sFr.  
ISBN 978-3-8011-0448-1



## Pressearbeit der Polizei

Leitfaden für die Praxis

Von **Karl Beele**.  
2. Auflage 2000, 263 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
17,40 € [D], 31,- sFr.  
ISBN 978-3-8011-0431-3



## Stalking

Leitfaden für die polizeiliche Praxis

Von **Isabel Wondrak**.  
Mit Beiträgen von **Jens Hoffmann**,  
**Volker Laabes** und **Bernd Vogel**.  
1. Auflage 2008, 140 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
16,90 € [D], 30,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0517-4



## Gefährliche Hunde

Vorgehen – Eingriffstechniken –  
Sicherung – Professionelle Lage-  
bewältigung

Von **Michael Hanstein**, **Dirk Kaltz**  
und **Stephan Heim**.  
3. Auflage 2009, 151 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0620-1



## Schießausbildung (DVD)

Von **Hans-Otto Engelbrecht**, **Axel Männich**  
und **Markus Stappen**.

2. Auflage 2007  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0558-7

**Systemvoraussetzung:**  
Pentium III mit 500 MHz, 128 MB RAM, DVD-  
Laufwerk mit DVD-Playersoftware (mind. MPEG2  
Codec), Windows 98/2000/XP, Mediaplayer 9x.,  
Internet-Explorer 5.0 (und höher). Die Benutzung  
unter „LINUX“ oder „MAC OS X“ ist derzeit nicht  
möglich.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

# Vogel – Prediger gegen Integration und Demokratie

## Die Inszenierung Pierre Vogels als salafistisches Medium

**Durch den Ex-Boxer Pierre Vogel bekommt die deutsche Salafia-Bewegung (s. auch DP 4/11) ein Gesicht und gewinnt zunehmend an Popularität. Die öffentliche Aufmerksamkeit um seine Person nutzen die Salafisten, um ihre Lehren zu verbreiten und vor allem Verunsicherung bei jungen Menschen zu entfachen. Dabei baut insbesondere die Organisation „Einladung zum Paradies“ (EZP) einen Kultstatus um Vogel auf.**

Sie agiert entlang einer polarisierenden Mischung aus traditionellen Vorstellung und politischen Ambitionen. Dabei profitiert die Gruppe – ob djihadorientiert oder friedlich – von mitunter legalen Strukturen, die sie unterhält. Die heutigen Bedingungen der Kommunikation

Vogel inszeniert sich bei Kundgebungen und auf Videos im Internet immer wieder selbst. Die Medien fokussieren sich auf ihn und formulieren extreme Ansichten zwischen einem nicht ernst zu nehmenden konvertierten Ex-Boxer aus Gelsenkirchen und einem gefährlichen Terroristen im Format eines deutschen Bin Laden. Eine Analyse salafistischer Lehren und der Artikulation durch Vogel machen das Kalkül eines Zusammenschlusses ersichtlich, der davon lebt, Menschen zu verunsichern. Adressaten sind in erster Linie junge Menschen und Migranten, die sich in Deutschland ausgegrenzt fühlen.

### Ziele der Salafia-Bewegung

Bei der Salafia-Bewegung handelt es sich um eine Massenorganisation, ein nahezu weltumspannendes Netzwerk, das entsprechendes Gedankengut verbreitet. Den Salafia-Anhängern geht es darum, die Welt nach den Vorgaben der Schari'a zu gestalten. Dabei wird das westliche Konzept von Demokratie und Menschenrechten als unislamisch abgelehnt. Diese Feindschaft basiert auf dem Grundgedanken, dass der westliche Staat als Aggressor das salafistische Projekt einer islamischen Neuordnung verhindert. Als transnationale religiöse Bewegung entfaltet sich die Salafia-Bewegung in Deutschland innerhalb der Diaspora-Community und entwickelt sich zu einer tragenden Größe. Dabei erfolgen ihre Handlungen entlang einer radikalen Interpretation der islamischen Vorstellung von Da'wa, dem Missionieren zum Islam.

Die Bewegung verfolgt das Ziel der totalen Transformation der Gesellschaft.

Die Tatsache, dass nur ein Teil der Salafia-Anhänger gewaltorientiert ist, macht diese Gruppen nicht minder gefährlich.



**Der salafistische Prediger Pierre Vogel produzierte sich am 9.7.2011 am Bahnhof Dammtor in Hamburg vor seinen Anhängern. Foto: Bodo Marks/dpa**



sowie die Mobilität der Missionare lassen die Ideologie von der großen Umma (Gemeinschaft) aller Gläubigen wirklicher erscheinen denn je. Damit diffundieren Konfliktpotentiale und es entstehen neue Solidaritätsformen. Religiös ambitionierte Missionare können durch djihadistische Aktivitäten (Rekrutierung/ Kampf) schnell über nationale Grenzen hinweg zu einer Autorität wachsen. Anders formuliert: Innerhalb der weltweiten Salafia-Bewegung gibt es Netzwerke, die als Durchlauferhitze auf dem Weg zur Ideologisierung und Radikalisierung wirken.

Oft wird das Verhalten von Salafisten als Aufbegehren gegen die Zerstörung der islamischen Kulturen interpretiert. Ein Blick in die Gedankenwelt der Salafisten verdeutlicht jedoch, dass sie Philosophie, Musik, Literatur und Poesie der islamischen Zivilisation als Werk des Teufels bekämpfen und jede Form von Volksreligiosität als Unglaube ablehnen. Sie sind nicht die islamische Tradition, vielmehr sind sie eine aktuelle Konstruktion mit einer klar definierten politischen Agenda.

Salafisten verstehen sich als eine Erneuerungsbewegung, die es sich zum Ziel setzt, den Ur-Islam und seine damaligen Kulturzustände wiederherzustellen. Es handelt sich bei den Anhängern der Salafiyya um sunnitische Muslime, die für sich in Anspruch nehmen, den wahren Islam zu vertreten. Die Selbstbezeichnung ahl-al-salaf (Anhänger der Altvorderen) drückt eine Überzeugung aus, wonach nur die Vertreter der ersten drei islamischen Generationen den Islam richtig lebten. Sie lehnen es ab, die Aussagen des Islam fortzuentwickeln und den zeitlichen Umständen anzupassen. Demnach soll der Islam von allen Zusätzen (Bida') und Erweiterungen gereinigt werden.

### Die Institutionalisierung eines Phänomens

Ein Kennzeichen der Salafiyya ist die Forderung nach einer wörtlichen Auslegung des Qurans, die jegliche allegorische Deutung zu einem Missbrauch werden lässt. Damit gelten Vertreter anderer Glaubensauffassungen innerhalb des Islams wie z.B. die Schiiten als Ungläubige, die mittels des Djihads bekämpft werden müssen. So verlangt die Salafiyya von ihren Anhängern die strikte Einhaltung des muslimischen Rechts und der traditionellen Einzelvorschriften des islamischen Lebensstiles bezüglich des Auftretens, der Kleidung, der Segregation der Geschlechter etc. Die Scharia wird als Grundlage des

Lebens definiert, wobei eine salafistische Interpretation des Glaubens betont wird.

Die Salafiyya-Ideologie ist von einer deutlichen Unterscheidung von Menschen in Gläubige und Ungläubige geprägt. Als gläubig gilt nicht der gewöhnliche Muslim, sondern nur derjenige, der die Verhaltensvorschriften der Salafiyya minutiös befolgt

zu richten, indem sie diese zugunsten der Errichtung eines Gottesstaates in Deutschland ersetzen will. Um ihre Ideologien zu verbreiten, veranstaltet der Verein regelmäßig bundesweit Seminare zum Islam, Informationsstände und veröffentlicht im Internet Auftritte seiner Mitglieder und mit ihm verbundenen salafistischen Ak-



Muslime beten auf einer Kundgebung in Frankfurt/Main am 20.4.2011, zu der Pierre Vogel unter dem Titel „Islam – die missverstandene Religion!“ aufgerufen hatte. Foto: Ferhat Bouda/dpa

und ihre theologischen Ansichten vorbehaltlos übernimmt. Sie exkommunizieren nichtsalafistische Muslime und erklären sie leichtfertig zu Ungläubigen. Diese Methode ist eine ihrer schärfsten Waffen und wird als takfir bezeichnet. Die Salafiyya liefert das notwendige ideologische Rüstzeug für die militante Form – Djihad-Salafia. Nichtsalafisten sollen bekehrt oder bekämpft werden. Entsprechend werden salafistische Bestrebungen in Deutschland von den Sicherheitsbehörden als ernstzunehmende Bedrohung eingestuft.

### „Einladung zum Paradies“

Der Verein „Einladung ins Paradies“ e.V. (EZP) wurde zunächst als Islamisches Bildungs- und Kulturzentrum Braunschweig e.V. (IKZB) im Jahr 2006 gegründet. In Anlehnung an seinen gleichnamigen Internetauftritt von Pierre Vogel wurde der Verein im Jahr 2009 in Einladung zum Paradies e.V. umbenannt. Pierre Vogel ist das prominenteste Mitglied der EZP. Diese wird verdächtigt, sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

teure. Auch betreiben sie mit der Seite „Islamschule.de“ eine Möglichkeit zum internetbasierten Fernstudium salafistischer Lehren.

Salafistische Bestrebungen um die EZP und anderen Gruppierungen der Bewegung distanzieren sich öffentlich immer wieder von islamistischem Terrorismus. Sie versuchen Menschen zu verunsichern und Zweifel an der demokratischen Grundordnung zu hegen. Zudem stellen sie sich bevorzugt als Opfer dar, die zu Unrecht in Deutschland verfolgt werden.

Auf den ersten Blick müsste Salafismus junge Menschen, wenn sie als Muslime westlich orientiert aufgewachsen oder ursprünglich gar keine Muslime sind, abschrecken. Die Regeln sind streng und nicht mit modernen Lebensweisen vereinbar. Umso mehr erstaunen die Beobachtungen, nach welchen salafistische Gruppierungen an Bedeutung gewinnen und vor allem bei Jugendlichen und Heranwachsenden Zuwachs finden. Jugendliche sind, wie bei





# Großer Schaden.

## Kleine Karte. *Schnelle Hilfe.*



### Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den Advocard Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall
- Keine Wartezeit im Verkehrs-Rechtsschutz
- Keine Prüfung der Erfolgsaussichten
- Rundum sorglos mit der Advocard

#### Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen:

Advocard KundenServiceCenter: OSG der Gewerkschaft der Polizei:  
(040) 23 73 10 (0211) 710 42 02

**Bitte einsenden an:** OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, z. H. Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, **Schneller geht's per Fax:** 0211 / 710 42 72

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ  Wohnort

GdP-Mitgliedsnummer  Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)

Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners

E-Mail

#### Einzugsverfahren

- Die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH und/oder
- die Advocard Rechtsschutzversicherung AG
- wird/werden widerruflich ermächtigt, bei Fälligkeit den Betrag zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen.

Geldintitut

BLZ  KTO

Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller)

Datum (TT.MM.JJJJ)  Unterschrift des Kontoinhabers

Ich wünsche ab  Datum (TT.MM.JJJJ)   
(frühestens einen Tag nach Eingang bei Advocard oder der OSG)

**Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz**  
verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH (§18 ARB 2011)

Single Tarif jährlich **55,00 €\***

Familien/Partner Tarif jährlich **76,70 €\***

**Privat-Rechtsschutz**  
verwaltet durch die Advocard

jährlich **106,13 €\***

Rechtsschutzversicherung AG **54,74 €\***

(§ 21 ARB 2011) ohne **27,93 €\***

Berufs-Rechtsschutz **9,31 €\***

**Privat- und Wohnungs/Haus-Rechtsschutz**  
verwaltet durch die Advocard

jährlich **159,37 €°**

Rechtsschutzversicherung AG **82,20 €°**

(§ 21 u. 24 ARB 2011) ohne **41,94 €°**

Berufs-Rechtsschutz **13,98 €°**

Vorversicherung  nein  ja, bei

(bitte immer angeben)  Gekündigt vom  Versicherungsnehmer  Versicherer

**Versicherungssumme:** Im Verkehrs-RS: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen. Im Privat-RS/Privat- und Wohnungs-RS: Unbegrenzt und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Datum (TT.MM.JJJJ)  Unterschrift

\* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

° **Beiträge:** Wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer (zzt. 19 %) und Zahlungsbonus für 1/2-jährliche (2 %) und jährliche (5 %) Zahlungsweise. Nebengebühren werden nicht erhoben. **Vertragsdauer:** 3 Jahre. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Die angegebenen Beiträge gelten für eine Vertragsdauer von 3 Jahren.

anderen extremistischen Strömungen auch, die primären Adressaten der Salafisten.

## Salafismus als Jugendprotestbewegung

Nicht zuletzt seit dem 11. September 2001 werden muslimische Jugendliche in Deutschland als Problem diskutiert. Die auf diese Weise produzierten Identitätskrisen bringen Jugendliche dazu, in eine negative Identität zu flüchten, so dass das Gefühl sozialer Minderwertigkeit zu einem negativen Selbstbild verinnerlicht wird. Merkmal der negativen Identität ist das fehlende Vertrauen in die Umgebung, stets wird das Böse in den anderen gesehen. Auf dieser Ebene können keine normalen sozialen Beziehungen aufgebaut werden, denn in einer instabilen und widerspruchsvollen Kultur ist es Menschen kaum möglich, eine stabile Persönlichkeit zu bilden. Bei der Wahl der negativen Identität greift der junge Mensch nach denjenigen Rollen, die ihm in den kritischen Entwicklungsstadien als unerwünscht gezeigt worden waren. Das kann sich in letzter Konsequenz auch in der Verachtung für die eigene Abstammung bis hin zur Neukonstruktion der eigenen Tradition äußern.<sup>1</sup>

Reflexartig reagiert ein Teil dieser Jugend darauf mit der Idealisierung der eigenen islamischen Identität. Die Probleme werden auf den „verschwörerischen Westen“ projiziert, der den Islam bzw. das Fremde schlecht mache. Diese Reaktion ist Ausdruck einer tiefempfundenen Ohnmacht, welche ihrerseits die Folge massiver gesellschaftlicher Fehlentwicklungen ist. Im Ergebnis lässt sie sich auf erschöpfte soziale und familiäre Strukturen zurückführen. Eine solche ethisch labile Zwischenwelt spüren junge Menschen, gleichsam instinktiv, besonders. Sie orientieren sich an kulturellen Bewegungen und suchen nach neuen Formen der Identität und des sinnstiftenden Selbstverständnisses ihrer Lebensverhältnisse. Dies erklärt unter anderem die Auffälligkeit bezüglich des jungen Alters bei den Aktivisten in vielen politischen Organisationen. Wenn das Selbstbewusstsein ein Grundstein der eigenen Identität ist, so ist eine Erschütterung dessen in jungen Jahren durchaus prägend für die betroffene Person.

Ein Sicherheitsverlust kann immer dann erreicht werden, wenn die Gesellschaft daran scheitert, wichtige Rahmenbedingungen zu schaffen und soziale Sicherheit zu bieten. Eine Identitätskrise macht Jugendliche anfällig dafür, sich autoritären Gruppen und Bewegungen anzuschließen, die ihnen feste Normen und Werte vor-

schreiben. Gleichzeitig wird ihnen eine Gruppenidentität vermittelt, die ihnen aus ihrer Krise vermeintlich heraushilft. Dabei ist immer zu bedenken, dass kollektive Identitäten strategische soziale Konstruktionen<sup>2</sup> sind, die sich durch eine enge Verflechtung von Ideen, Weltanschauungen, Religionen und Ideologien sowie soziokulturellen Werten konstituieren.

Die Interaktionen innerhalb der Gruppe bewirken, dass über einen längeren Zeitraum hinweg Rollenmuster, Interaktions-

bekannter Konvertiten. Um als gutes Beispiel und Vorbild zu fungieren, nutzen Vogel, aber auch der ehemalige Rapper Deso Dogg,<sup>3</sup> sehr einfache Schemen, um ihr Leben zu beschreiben: die Zeit vor ihrer Konversion, bzw. Rückbesinnung wird mit negativen Attributen beschrieben. Das Leben sei zuvor „leer“, „ohne Sinn“ gewesen.<sup>4</sup> Mit der Konversion und vor allem der Entdeckung des „wahren Islam“ sei ihr Leben erst lebenswert geworden, sie hätten ihren Frieden und ihr Heil gefunden



Vogels Anhänger auf der Frankfurter Demonstration am 20.4.2011 in Frankfurt/Main Foto: Ferhat Bouda/dpa

ketten und Gruppenstrukturen entstehen und bestimmte Gruppenziele, Werte und schließlich ein Kollektivbewusstsein entwickelt werden, nach dem die Mitglieder ihr Verhalten ausrichten. Die Entstehung eines Zusammengehörigkeitsgefühls einer Gruppe hat automatisch zur Folge, dass sie zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern, zwischen „uns“ und den anderen, zwischen „wir“ und ihr unterscheidet. Das bedeutet, dass in dem Moment, wo sich eine Gruppe gebildet hat, deren Angehörige sich naturgemäß von anderen Menschen, welche nicht zu dieser Gruppe gehören, abgrenzen.

Die Diskussion über die Bildung von Identität und die angebotene salafistische Weltanschauung als Alternativprojekt ist deswegen von Bedeutung für die demokratische Grundordnung, weil die Durchsetzung einer negativen Defensividentität, wie wir sie im salafistischen Diskurs beobachten können, die Menschen für radikale Ideologien anfällig macht. Personen wie Pierre Vogel profitieren, pflegen und katalysieren zugleich diese Fehlentwicklung.

Vogel nutzt stets die Inszenierung der eigenen Biographie, sowie die anderer

und wollten diese Erfahrung nun weitergeben. Die politischen Inhalte begegnen den Neurekrutierten dabei zunächst nur grob.<sup>5</sup>

Ein besonderer Anreiz ist zudem die Möglichkeit, in eine für die jeweilige extremistische Gruppierung wichtige Schlüssel-funktion zu gelangen und dadurch gleichzeitig den Respekt der Gruppenmitglieder zu gewinnen. Besonders für solche Jugendliche, die auf anderen Ebenen scheitern, ist der Reiz, den solche Gruppen ausüben, enorm. Die Gruppe und ihre Ideologie geben dem Jugendlichen ein Gefühl von Überlegenheit, für das sie ansonsten keinen Anlass hätten. Dies passt in das Schema der Salafisten, die junge, aber vor allem enttäuschte und gescheiterte Menschen ansprechen. Vogel greift den Vorwurf, die EZP würde in hohem Maße „schwache“ und „kaputte“ Menschen anwerben bei seinen Kundgebungen immer wieder auf und leugnet ihn unter Beifall der anwesenden Zuhörer.<sup>6</sup>

Eine Strategie, Jugendliche trotz der strengen salafistischen Lebensart für die Bewegung zu begeistern, ist der Bezug zu



Themen, die Jugendliche generell ansprechen und interessieren. Solche Themen sind Musik und Sport. Musik ist dabei ein für die Salafisten schwieriges Thema, da Musik zuweilen zur Unterhaltung dient und somit verpönt ist. Dennoch ist es ein wirksames Medium für salafistische Anhänger.<sup>7</sup> Vogel stellte im vergangenen Jahr eine Botschaft an den Rap-Sänger Bushido im Internet ein, den er als Muslim zur Umkehr seines schlechten Lebenswandels auffordert. Ihm läge viel an dem Menschen Bushido und dieser könne mit seiner Popularität und Musik etwas für die islamische Gemeinde, die umma, tun.<sup>8</sup>

Auch das Thema Sport wird von Salafisten in bigotter Weise genutzt. Vogel selbst gab den Boxsport auf, weil dieser nicht mit seinen religiösen Überzeugungen vereinbar war. Gleichzeitig nutzen Salafisten das Thema Sport, um sich ins Gespräch zu bringen. So hat Sven Lau, aktueller Vorsitzender der EZP, den Drei-Kilometer-Lauf des Santanderlaufs gewonnen, während Vogel in Mönchengladbach eine Kundgebung abgehalten hat. Lau sagte den Journalisten, dass solche Veranstaltungen wichtig wären, um den Gegnern der EZP klar zu machen, dass sie nun ein Teil der Gesellschaft seien.<sup>9</sup>

## Selbstinszenierung und Rhetorik des Pierre Vogel

An zentraler Stelle im Diskurs Pierre Vogel steht die Inszenierung des Phänomens der „Wiedergeburt“ in der Umma. Der Bruch mit der überkommenen Religiosität und Traditionen der eigenen Familie, die Abnabelung vom sozialen Umfeld und das sich selbst finden in der salafistischen Gemeinde werden regelrecht zelebriert und möglichst breit medial gestreut. Vogels Erfolgsmodell basiert dabei nicht auf der intellektuellen Auseinandersetzung mit theologischen Konzepten des Islams. Vielmehr propagiert er Regeln, die strikt eingehalten werden sollen. Das Auftreten seiner Anhänger, ihre Art und ihre Argumentationslinien erinnern eher an eine Sekte. Die dort gelebte Form der Religiosität ist neu und beansprucht für sich die Tradition der ersten Muslime. Das Schmücken deutscher Sätze mit arabischen Begriffen hat keinen sprachlichen Mehrwert, hier soll lediglich die vermeintliche Islamfestigkeit betont werden. Dabei hat die Nutzung der arabischen Sprache einen besonderen Stellenwert.

Viele muslimische Jugendliche, selbst

diejenigen arabischer Herkunft, sind in der arabischen Sprache nicht sprechfest. Im Prinzip handelt es sich bei ihnen um funktionale Analphabeten. Sie sind zwar imstande, religiöse arabische Formeln zu rezitieren, können jedoch kaum mit der Sprache umgehen. Das Ansehen einer Person ist daher umso höher, je besser sie Arabisch beherrscht. Dabei steht an höchster Stelle die religiöse Sprache. Wer sie versteht und anwendet, wird meist selbst als quasi heilig angesehen. Die Worte einer durch die Beherrschung der religiösen Sprache legitimierten Autorität werden oft unreflektiert übernommen und immer wieder zitiert. Die Kenntnis der arabischen Hochsprache und die des Qurans bedeutet auch und vor allem Macht. Arabisch als „lingua sacra“ des Islams besitzt sie für die Muslime einen heiligen Status. Von dem im Quran festgeschriebenen Wort geht eine große Autorität aus. In der arabischen Geschichte haben vor allem Prediger, Politiker und Dichter – manche waren alles in einer Person – mit der Macht der Worte gespielt. In welche Richtung eine heilige Schrift ausgelegt wird, bestimmt nicht nur der Klerus, sondern auch und vor allem jeder, der die Sprache Gottes beherrscht. Das Einbinden der arabischen

## Reise & Erholung

**Fehmann/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
[www.fehmann4family.de](http://www.fehmann4family.de)

**Bayerischer/Oberpfälzer Wald**  
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60  
[www.ferienwohnung-gruber.de](http://www.ferienwohnung-gruber.de)

**BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers.** – Tel.: 0 30/6 61 30 82  
[www.fewo-feind.de](http://www.fewo-feind.de)

**Büsum – Nordseeküste**  
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.  
Tel. 04825/2206

**Franken, bei Bamberg, waldreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €.** Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)**

**Nordsee – Büsum**  
Zentral gelegene FeWo/Bungalow  
Tel.: 04834/936608 - Fax: 960571

**Berliner FeWo Villa Mahlsdorf**  
Tel. 030/56585858 oder 0179/4936842

**Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Ording**  
Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese,  
[www.Ferienwohnungen-Deharde.de](http://www.Ferienwohnungen-Deharde.de), 0 48 37/3 30

**Sommerpauschale**  
gültig vom 10.6. bis 30.9.2011

**Silvretta-Region Paznauntal**

Komfortzimmer m. Balkon, 4-Gang-Wahlmenü, Buffet, Grillparty, Unterhaltungsabend u. v. m.

**1 Woche Halbpension ab 255,- €**  
beheizter Swimming-Pool, neuer Wellness- und Fitnessbereich, Billard, Tischtennis, Nintendo Wii, Internet, Programm f. Kinder u. Jugendl. im Kids Club See, schöne Familiensuiten u. Kinderermäßigungen, gratis Mountainbikeverleih, geführte Wanderung u. Wochenprogramm.

Tipp: **SILVRETTA-CARD** mit vielen Vorteilen  
 **Neu: Badesee, Freizeitanlage und E-bikes**

**Hotel Post \*\*\***  
Fam. Handl.  
A - 6553 SEE  
Tel. +43-5441-8219  
Fax +43-5441-8219-4  
[www.postsee.at](http://www.postsee.at)  
info@postsee.at

**Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf**  
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zollkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih  
Fam. Zein, Tel.: 035844/72723  
[www.heidehof-jonsdorf.de](http://www.heidehof-jonsdorf.de)

**Italien/Adria ☺ Cesenatico**  
gepflegtes Familienhotel, direkt am Meer. [www.hotelgiovie.it](http://www.hotelgiovie.it)  
1 Kind b. 2 J. GRATIS! 3–9 J. 50%  
HP ab € 36,- / VP ab € 40,-  
Info in D: 0 83 89/3 81

**wasser-craft**  
rafting canyoning oetzal

**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour, 1x grillen am Lagerfeuer und 2 ÜF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € 154,-

[office@rafting-oetzal.at](mailto:office@rafting-oetzal.at)  
[www.rafting-oetzal.at](http://www.rafting-oetzal.at)  
Telefon: 0043 5252 6721

**Seychellen**  
Kl. private Ferienanlagen für Kollegen mit Kollegentarifen ab € 60 p. P.  
Tel. 0 21 58/4 01 82 91  
[www.inseln-im-indischen-ozean.de](http://www.inseln-im-indischen-ozean.de)



**Seniorenrechte Ferien für Gruppen & Einzelreisen 2012 im Spessart**  
85 Betten - Lift - Hallenbad 30° - Kegelbahn - Livemusik & Tanz - Panoramalage

**Staatl. anerk. Erholungsort, 90 km Wanderw.** Alle Zi. Du/WC/TV/Fön, HP 38,50 , VP 44,50 (Buffet), EZZ 7 , inkl. Kurtaxe, Freiplätze , Livemusik, Reiseleitung, Film, Bingo, Grillfest u. m. **Ideal für Ausflüge.** Prospekt anfr. Tel. 09355-7443, Fax 7300, Frühbuchervorteil. [www.landhotel-spessarttruh.de](http://www.landhotel-spessarttruh.de)

**\*\*\*Landhotel Spessarttruh, Wiesenerstr.129, 97833 Frammersbach**



Sprache beeinflusst noch heute Denk- und Verhaltensstrukturen und wird zu einem Schlüssel, um die eigene Identität (wieder) zu finden. Zumal wird der nichtkundige deutsche Zuhörer dadurch stark irritiert. Diesen Effekt nutzt Pierre Vogel.

Vogel polarisiert bereits durch seine Erscheinung: nämlich Kleidung und Bartlänge unterstreichen das „Muslim sein“. Ferner beeindruckt er Zuhörer durch arabische Sprachkenntnisse. Zwar lernte er die arabische Sprache sehr spät, jedoch viel besser als der Durchschnitt seiner Anhänger. Vogel spielt mit seinen Sprachkenntnissen, er verführt seine Zuhörerschaft. Die Nutzung arabischer Begriffe ist für viele wichtiger als deren Inhalt. Eine gut formulierte, mit religiösen Vokabeln und Zitaten geschmückte Rede fesselt die Aufmerksamkeit des Zuhörers und erzeugt eine starke emotionale Bindung. Dieses Prinzip hat Pierre Vogel verinnerlicht und benutzt das Arabische in seinen angesehensten und heiligsten Formen, indem er den Koran oder die Aussprüche des Propheten Muhammad zitiert. Dazu gehört auch, dass er mit Ruhe und Gelassenheit vor der Kamera die Lage der muslimischen Jugend aus seiner Sicht erklärt. Das ruhige, gelassene Auftreten wirkt bescheiden und steht in Tradition altarabischer Vortragskunst.

Auch ist seine Herkunft aus Gelsenkirchen unschwer an seinem Dialekt zu hören, was aufgrund seiner gesprochenen Inhalte unweigerlich befremdlich wirkt. Zudem fragt sich der geneigte Zuhörer im ersten Impuls, ob er das alles tatsächlich ernst meint. Die Rhetorik Vogels wirkt durchaus in Betonung und Untermalung durch Gestik und Mimik geschult. So formuliert Pierre Vogel in einem Sprachmix aus „Karneval-Kölsch“ und „lingua sacra“ schwer erträgliche, inhumane Ideen. Dabei spricht er allerdings auch aus, was viele sich nicht zu sagen trauen. Das macht ihn zum Helden, zumal er eine islamische Versprachlichung gesellschaftlicher Fragen betreibt und Missstände in religiöse Begriffe kleidet. Diese Qualitäten sollten jedoch nicht überschätzt und Vogel dadurch als talentierter und charismatischer Redner gehandelt werden. Er verliert oftmals in seinen Reden den inhaltlichen Zusammenhang, Argumentationsstrukturen sind nicht erkennbar. Auch Verunsicherung drückt sich besonders deutlich aus.

Kalkuliert provozierend sind dagegen Vergleiche, die Vogel anstellt. So erklärt er, Jihad und Terrorismus seien wie Bundeswehr und Völkermord. So unsinnig solche Vergleiche sind, so einprägsam sind sie. Auch begibt sich Vogel immer wieder bewusst in Widersprüche, die die Einschät-

zung, wie gefährlich er und seine Anhänger sind, erschweren. Ein greifbares Beispiel für einen solch kalkulierten Widerspruch in der Rhetorik bildet die Bezugnahme zum Christentum und das Verhältnis des Islam zu anderen Religionen aus der Sicht der Salafisten. Er bekennt sich als Fundamentalist und beschwert sich über die negative Auffassung, die diesem Wort mittlerweile anhaftet. Ihm und seinen Geschwistern gehe es um die Rückbesinnung

Medien geschickt einzusetzen. Er habe lediglich Angst, dass seine Mutter später in die Hölle komme.<sup>11</sup> Andererseits spricht er die „Brüder“ und „Schwestern“ mit den Worten: „Ihr seid die besten Menschen“ an.<sup>12</sup> Zudem fordert er immer wieder zu Da'wa, der Bekehrung zum Islam von Familie und Freunden auf. So fordert er zum Mitbringen von noch nicht konvertierten Familienmitgliedern, Freunden und Kollegen auf. Gegen Ende der Kundgebungen



Zur Kundgebung am 9.7.2011 am Bahnhof Dammtor in Hamburg kamen etwa 1.100 Teilnehmer.

Foto: Bodo Marks/dpa

auf die Wurzeln der Religion, so wie es die ursprüngliche Bedeutung des Wortes auch vorsehe. Um zu beweisen, dass das Christentum selbst eine latent gewalttätige Religion sei, zitiert Vogel aus dem Matthäus-Evangelium, Kapitel 10, Vers 34, ohne die Quelle zu benennen: „Denk nicht, ich sei gekommen, um Frieden auf die Erde zu bringen. Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert!“ Und kommentiert den Satz im Anschluss sofort mit den Worten: „ach, das stand ja gar nicht im Koran, sondern waren die Worte Jesus“.<sup>10</sup> Mit solchen bewussten Provokationen erntet Vogel zustimmendes Gelächter und Beifall unter den Zuhörern.

### Rekrutierung im persönlichen Umfeld und durch das Internet

Vogel betont stets, dass seine Familie nicht konvertiert sei. Dies würde belegen, dass die Salafisten entgegen den öffentlichen Behauptungen keinerlei Zwang auf Menschen ausüben. Das Beispiel seiner eigenen Familie spricht Pierre Vogel immer wieder an und weiß dies auch in den

bekommen Zuhörer die Gelegenheit, an Ort und Stelle zu konvertieren. Dazu werden sofort Mitglieder der EZP als Zuständige bestimmt und die Konvertiten sollen ihre Kontaktdaten abgeben.

Die in Deutschland aktiven Salafisten nutzen besonders intensiv das Internet. Sie betreiben mehrere Homepages und sind auf den einschlägigen Online-Plattformen, wie „Youtube“ mit eigenen Videos vertreten. Ferner sind sie im „Social-Web“, wie z.B. auf „Facebook“ aktiv. Die Salafisten sind folglich leicht zu finden und sie bringen sich und ihre Ansichten auch über Foren in Debatten ein. Auch wer sich lediglich über Islam und Salafismus informieren will, landet bei der Eingabe von Suchbegriffen schnell bei Seiten der EZP, die wie neutrale Informationsportale aufgebaut sind. Internetpräsenzen und interaktiven Kennenlernangebote sind jedoch nur ein Anfang. Die EZP entwickelt im Internet immer mehr Angebote für die interaktive umma. So bieten sie unter anderem Glaubensreisen und mit „selisha.de“ eine Alternative zu Ebay an, deren Erlöse wieder an die Gemeinde gehen sollen. Dies sind nur wenige Beispiele, denn sobald man damit beginnt, sich im Internet über Salafismus und den Mitgliedern der EZP zu informieren, wird man mit einer



# Kapitalmarkt

**Beamten- und Angestellten-Darlehen**  
**Partner der Nürnberger Versicherung**

**TOP-ZINSSÄTZE**

- für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung
- auch für Pensionäre bis 58 Jahre
- Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €
- Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre
- Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich
- auch ohne Ehepartner
- für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung andere Kredite
- Kostenlose Beratung: Mo.-Fr. von 8-20 Uhr

**Info-Büro: 0800/7 78 80 00**  
 vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark, Fax: 0 51 30/79 03 95  
 jaeckel@beamtendarlehen-center.de  
 www.beamtendarlehen-center.de

**UNSER ANGEBOT**  
**für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst**

Optimierung ihrer Allzweck- und Hauskredite zu einer Wunschrate!

Kostenloser Finanzierungs-Check für ihre Hausfinanzierung!

Forwarddarlehen!



**06187/90522-0**

vermittelt durch:  
**BVD GmbH**  
 Stresemannstraße 3  
 61137 Schöneck  
 www.bvdfinanz.de

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎0800-33 10 332**  
 Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



**Spezialist für Baufinanzierungen**

- bis zu 120 % Beleihung möglich
- Kaufpreis und Renovierung
- Nebenkosten
- Kreditablösung möglich
- Umschuldung
- Auch in schwierigen Fällen

**Beamten- und Angestellten-Darlehen**  
 Fordern Sie Angebote an.

Vermittelt: **Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH**  
 Kopernikusstraße 15 • 37079 Göttingen  
 Fon 05 51 / 9 98 98 44 • Fax 9 98 98 30  
 info@gutfinanz.de • www.gutfinanz.de

**MEHR GELD IM PORTEMONNAIE**  
**QUÄLEN SIE SICH MIT IHREN HOHEN KREDITRATEN DURCH DEN MONAT?**  
**WIR HABEN DIE LÖSUNG FÜR SIE!**  
**RUFEN SIE HEUTE NOCH AN!**

**0800 - 666 8 444**

**www.UMSCHULDEN-LEICHT.DE**

- RATENZUSAMMENFASSUNG
- ZINSENKUNG
- NIEDRIGE WUNSCHRATE
- ZINSGARANTIE
- HYPOTHEKENDARLEHEN
- BEAMTENDARLEHEN
- FORWARDARLEHEN

VERMITTLUNG: REUSCHLING & WEIS GMBH • RIMBACHSTRASSE 19 • 98527 SUHL

**BARGELD noch HEUTE!**  
**Tel. 02 01/22 13 48**

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1.000-100.000 €.

- Laufzeit bis 120 Monate
- ohne Auskunft bis 7.000 €

45127 Essen • Gänsemarkt 21  
 www.pecunia-essen.de

**Raten zu hoch?**  
**Zeigen SIE ihrer Bank die ROTE KARTE!**  
**Darlehen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst**  
**Forwarddarlehen und kostenloser Check für ihre Hausfinanzierung**  
**einfach ANRUFEN und SPAREN:**

**0800 - 7255666**  
**www.SALLMON.DE**

vermittelt seit über 40 Jahren:  
 Prof. Dr. Sallmon GmbH - In den Wörden 10 - 16356 Ahrensfelde-Berlin



**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltdarlehen**  
**Forwarddarlehen, Ratenkredite**

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

**IFS Hans-Joachim Janke**  
 Königswall 1 • 44137 Dortmund  
 www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

 **Caritas international**

 **Diakonie Katastrophenhilfe**

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**www.kredite-fuer-beamte.de**

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**

**www.1a-Beamtendarlehen.de**

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER** Mehrfachgenossenschaft Finanzvermittlung  
 Andreas Wendholt • Pf. 3136 • 46314 Borken-Weseko



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

**Beamtendarlehen mit \*Best-Preis-Garantie\***  
 Hypotheken- und Beamtendarlehendiscounter  
 Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €

\* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:  
 Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ö.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12-jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- €-Tankgutschein**.

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3: 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Fax: (0621) 378150-25  
 Info@AK-finanz.de

**www.AK-Finanz.de**

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**  
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lzf. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Nettobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldersicherung.



überwältigenden Flut von Onlineangeboten konfrontiert.

Sowohl in seinen Videos auf Youtube, als auch bei öffentlichen Kundgebungen fällt unweigerlich auf, dass Vogel das zentrale Medium ist. Dadurch, dass die Bühne bei seinen Auftritten in der Regel ohne Plakate oder sonstige Gegenstände ausgestattet ist, steht er im Mittelpunkt des Geschehens. Es lenkt nichts von ihm und seinen Reden ab. Zu Kundgebungen werden öfters andere bekannte Salafisten aus der ganzen Welt eingeladen. Ansonsten leitet eine Person mit einer Ansprache und dem Eröffnungsgebet die Kundgebung ein und sagt Pierre Vogel an. Vogel wird gezielt in den Mittelpunkt gestellt und wie ein Star präsentiert. Die Absicht hinter dieser Inszenierung ist mit der Person Vogels ein Vorbild zu erzeugen, dass sowohl Starcharakter besitzt, als auch greifbar für potentielle Anhänger und Sympathisanten der salafistischen Szene ist. Auch Vogel selbst gestaltet Kundgebungen in erheblichem Maße mit autobiographischen Erzählungen und der Widergabe eigener Erfahrungen. Er rückt somit seine Vita stets in den Vordergrund.

## Einschätzung des Gefahrenpotentials

Die Beeinflussung und Anwerbung von jungen Menschen wird von den Salafisten mit viel Kalkül betrieben. Um sie anzusprechen, bedienen sie sich in unterschiedlichster Weise dem Internet. Die bewusst provozierte öffentliche Diskussion um die Person Pierre Vogel verkennt die Hintergründe und das tatsächliche Gefahrenpotential. Vogels Abgrenzung zum Terrorismus ist deutlich und aus Perspektive der Salafisten nachvollziehbar. Die Ablehnung von Gewalt, die ebenfalls stets von den Anhängern der EZP betont wird, muss dagegen kritischer betrachtet werden. Die salafistische Szene ist kein ausschließlich homogener Zusammenschluss. So stieß das Vorhaben Vogels, die Kundgebung in Frankfurt vom 7. Mai 2011 mit einem Totengebete für Osama bin Laden zu eröffnen innerhalb der salafistischen Community auf unterschiedliche Ansichten und gab Anlass für heftige Streitigkeiten unter den Nutzern.

Die mediale Darstellung über Salafismus in Deutschland wird stark durch die Person Pierre Vogels beeinflusst und verzerrt. Ihn hysterisch als das deutsche Konvertitenpendant zu Osama bin Laden zu handeln, ist eine nicht haltbare Über-



Während der Kundgebung am 9.7.2011 in Hamburg. Foto: Bodo Marks/dpa

treibung. Eine Auseinandersetzung mit der Person Pierre Vogel, seinen Reden und Videos ließen eine derartige Schlussfolgerung nicht zu. Als Person wirkt er nett und freundlich, vergeift sich weder im Ton, noch neigt er zu gewalttätigen Handlungen. Es existieren keine Predigten in denen er zur Gewalt auffordert. Daher wirkt er sympathisch sowohl auf potentielle

Konvertiten, als auch auf Muslimen, die ihren Glauben bislang mit westlichen Grundsätzen vereinen konnten. Nicht Pierre Vogel, sondern die salafistische Ideologie, die er vertritt, birgt kolossale Risiken für die Demokratie.

*Marwan Abou-Taam/  
Dorothee Dienstbühl*

### Fußnoten

1 Vgl. Hobsbawm, Eric: Introduction: Inventing Tradition. In ders.; Ranger, Terence (Hrsg.): The Invention of Tradition, Cambridge 1992, S. 1ff.

2 Finnemore, Martha / Kathryn Sikkink: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 1998 52: Nr. 4, S. 887-917.

3 Bürgerlicher Name Denis Mamadou Cuspert, ehemaliger „Gangsta-Rapper“ (daher heute auch „Ex-Deso Dogg“), der für gewalttätige und sexistische Texte bekannt ist. Ende 2010 gab das Ende seiner Musikkarriere bekannt, da diese nicht länger mit seinen salafistischen Ansichten vereinbar seien. Seit dem ist er als islamischer Prediger unter dem Namen Abou Maleeq aktiv. Insbesondere seine Biographie gilt als Positivbeispiel der Islamisten, da sein Leben zuvor von Gewalt, Drogen und Gefängnisaufenthalt geprägt war.

4 Auf seiner Homepage [www.pierre vogel.de](http://www.pierre vogel.de) wendet sich Vogel mit einem Themenreiter gezielt an Nichtmuslime, denen er in mehreren Videobotschaften genau von diesen Erfahrungen berichtet und ihnen den Glauben insbesondere durch Aufzeigen der aktuellen schlechten Lebensweisen ohne den islamischen Glauben näher bringen will, vgl. [www.pierre vogel.co/index.php?option=com\\_hwdvideoshare&task=viewcategory&Itemid=63&cat\\_id=24](http://www.pierre vogel.co/index.php?option=com_hwdvideoshare&task=viewcategory&Itemid=63&cat_id=24).

5 Vgl. Lützing, S.: Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010, S. 163.

6 Beobachtung während der Kundgebung vom 7. Mai 2011 in Frankfurt am Main.

7 Beispiel: „Jungs es geht los, es gibt kein zurück / Es wird Zeit für einen Gegenschlag / Unser Rap ist Dschihad! / Wir kämpfen für die Freiheit / scheiss auf Politik!“ oder: „(...) ihr habt für New York geweint / warum habt ihr nicht für uns geweint? / Was glaubt ihr wer ihr seid? (...) / Gerechtigkeit wird kommen, / deine Tränen sind unser Blut, / unser Leben wird wieder gut (...) / In-sch'Allah.“ Quelle: [www.islamismus.org/seminar-07/03-06-0707/03/islamismus-rap.htm](http://www.islamismus.org/seminar-07/03-06-0707/03/islamismus-rap.htm).

8 Video online verfügbar, unter: [www.youtube.com/watch?v=fozVThatQ9A](http://www.youtube.com/watch?v=fozVThatQ9A); auch Deso-Dogg äußerte den Wunsch, mit Bushido und anderen bekannten Rappern über den Islam öffentlich zu diskutieren, vgl. [www.dawa-news.net/2010/04/22/es-ware-eine-sensation-deso-dogg-im-gesprach-mit-pierre-vogel/](http://www.dawa-news.net/2010/04/22/es-ware-eine-sensation-deso-dogg-im-gesprach-mit-pierre-vogel/).

9 Die EZP hat ein eigenes Laufteam gestellt und war bereits beim Wickrather Benefizlauf angetreten, vgl. Onlineartikel, vom Am 31. Mai 2011 unter: [www.rp-online.de/nieder rheinsued/moenchengladbach/nachrichten/Vogel-redet-in-Koblenz-Lau-gewinnt-bei-Santanderlauf\\_aid\\_1004164.html](http://www.rp-online.de/nieder rheinsued/moenchengladbach/nachrichten/Vogel-redet-in-Koblenz-Lau-gewinnt-bei-Santanderlauf_aid_1004164.html).

10 Vogel während der Kundgebung vom 7. Mai 2011 in Frankfurt am Main.

11 Vgl. Leyenberg, A.: Vom Boxer Pierre Vogel zum Prediger Abu Hamsa, in der FAZ vom 2. Februar 2010, online verfügbar, unter: [www.faz.net/artikel/C30923/islam-vom-boxer-pierre-vogel-zum-prediger-abu-hamsa-30081874.html](http://www.faz.net/artikel/C30923/islam-vom-boxer-pierre-vogel-zum-prediger-abu-hamsa-30081874.html).

12 Vogel während der Kundgebung vom 7. Mai 2011 in Frankfurt am Main.



# Aufbau und Entwicklung der Polizei nach 1945

*Eine Ergänzung zu Helmut Dohr DP 6/11 und Andreas Mix DP 5/11*

**Die Beiträge in unserer Zeitung rund um die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – die Polizei im NS-Staat“ (Berlin, Deutsches Historisches Museum) haben etliche Zuschriften gebracht. Im Folgenden Gedanken von von Dr. Kurt Gintzel:**

Die Äußerung von Helmut Dohr zur Ausstellung „Ordnung und Vernichtung“ (DP 6/11) entspricht den historischen Tatsachen. Sein Beitrag auf den Bericht von Andreas Mix und dessen Aussagen zur Ausbildung und Entwicklung der Polizei nach 1945 sind ergänzungsbedürftig.

Hilfreich für die Orientierung über Polizei im NS-Staat und eine Meinungsbildung darüber ist insbesondere die Lektüre des Berichts „Die Polizei im NS-Staat“<sup>1</sup> – über ein Symposium der Deutschen Hochschule der Polizei.

Für die Zeit nach dem NS-Staat bedarf es bezüglich Aufbau und Ausbildung der Polizei einiger Zusatzinformationen, insbesondere für diejenigen, die die damaligen Verhältnisse nicht aus eigenem Erleben kennen. Sonst besteht die Gefahr bezüglich Aufbau und Ausbildung der Polizei von falschen Voraussetzungen auszugehen.

Dies nachzuweisen scheint mir geboten, um interessierte Bürger, insbesondere der jüngeren Generation der Polizeibediensteten, die tatsächliche Entwicklung der Polizei nach 1945 aufzuzeigen.

## Zeit von 1945 bis 1951

In den Beiträgen von Helmut Dohr und Andreas Mix fehlte der wichtige Hinweis auf die Entwicklung der Polizei in der Zeit von 1945 bis 1951. Die damaligen Militärregierungen hatten verfügt, dass die neue Polizei denazifiziert, demilitarisiert und dezentralisiert zu sein hat. So geschah es auch. Dadurch bekam die Polizei eine zivile Struktur<sup>2</sup>. Es gab so gut wie keine Hierarchie. Die jungen Beamten (ich war einer davon<sup>3</sup>) haben zwar (so gut wie keine) Ausbildung erfahren. Ihnen wurde aber in einem 6-wöchigen Lehrgang ein neues, fast angelsächsisches Rollenverständnis vermittelt. Nach diesem Rollenverständnis sahen sie sich, wie Wolzendorff<sup>4</sup> schon vor mehr als 150 Jahren gefordert hatte, nicht als Vertreter des Staates, sondern als Mittler zwischen Bürger und Kommune, also als ein Mittler

mit persönlicher und emotionaler Distanz, der darauf aus war, für seine Arbeit den Respekt der Öffentlichkeit zu erringen und zu erhalten. NS-Ideologie hat in dieser Zeit keine Rolle gespielt.

Dies hier festzustellen ist wichtig, weil auch die Gründungsmitglieder der GdP dieses Rollenverständnis hatten und es die Arbeit der GdP mehr als 30 Jahre maßgeblich bestimmt hat.

## Aussage Helmut Dohr

Die Aussage von Helmut Dohr „Rudimente des Militarismus haben sich in der Nachkriegszeit – vornehmlich bei der Schutzpolizei – lange gehalten“, ist unbestritten. Allerdings suggeriert das Wort „gehalten“ und die soziologische Begründung dafür (in einem Volk, das über Generationen hinweg im Denken und Handeln militärisch geprägt war) den Eindruck, als hätte es diese Rudimente des Militarismus auch in der Zeit von 1945 bis 1951 gegeben. Das ist, wie schon oben gezeigt, nicht der Fall gewesen.

Die von Helmut Dohr genannten soziologischen Argumente der Begründung sind zwar nicht zu bestreiten, sie waren aber für die Entwicklung der Polizei nach 1951 nicht ursächlich. Für die Erstarkung militärischer Rudimente in der Polizei waren zwei andere Ereignisse maßgebend.

### Erstes Ereignis:

Aus Hitlers Gesprächen im Generalstab des Heeres (Frühjahr 1933) ist seine Absicht überliefert, schon 1933 die allgemeine Wehrpflicht einführen zu wollen.<sup>5</sup> Das wurde von den Militärs zwar sehr begrüßt. Hitler wurde aber darauf hingewiesen, dass das Vorhaben zur Zeit nicht möglich sei, weil die 100.000-Mann-Begrenzung durch den Versailler Vertrag es unmöglich gemacht habe, den nötigen Unterbau (Ausbildung von Unteroffizieren und Offizieren) zu schaffen. Da es diese Begrenzung für Polizei nicht gab, erfolgte die erforderliche Ausbildung dieses Unterbaus an Polizeischulen.

Wie das geschah, beschreibt Polizeihauptmann Palm<sup>6</sup> in seiner Dissertation „Die Polizeischule“. Es war eine rein militärische Ausbildung, die auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam basierte und den so genannten „Polizeirekruten“ ein tradiertes, rein militärisches Rollenverständnis vermittelte. Nach diesem Rollenverständnis war es auch geboten, notfalls auf Befehl auf seine eigenen Eltern zu schießen. Diese so ausgebildeten „Polizisten“ wurden bei Einführung der allgemeinen Wehrmacht von dieser übernommen und machten dort in der Regel auch Karriere.

### Zweites Ereignis:

Mit Verabschiedung des Gesetzes zu Art. 131 GG im Jahr 1951<sup>7</sup> hatte unter bestimmten Voraussetzungen jeder Beamte des NS-Regimes ein Recht auf Wiedereinstellung. Die inzwischen berufslosen Militärs beriefen sich mit Erfolg auf dieses Gesetz. Sie hatten auch eine Urkunde, die sie bei ihrer Ausbildung als Polizeirekruten erhalten hatten und die sie als Polizeibeamte auswies. So wurden sie Polizeibeamte, ohne je Polizeibeamte gewesen zu sein. Die meisten von ihnen wurden vom BGS übernommen. Der Rest wurde, da die Behörden nur im begrenzten Maß Planstellen hatten, in den Polizeischulen und in der Bereitschaftspolizei verwendet.

Hinzu kam: Die kommunale Polizei wurde verstaatlicht. Ihre zivile Struktur wurde durch eine militärische Struktur mit vielen Dienstgraden ersetzt, so dass auch in den Behörden Führungsfunktionen von Militärs wahrgenommen wurden und die jungen Beamten viele Jahre keine Möglichkeit hatten, auf die Entwicklung der Polizei Einfluss zu nehmen, um ihr Rollenverständnis von Polizei zur Wirkung zu bringen.

Aber es gilt auch festzustellen: Die nach dem Gesetz zu Art. 131 GG eingestellten „Beamten“ waren entnazifiziert. Sie waren Militärs aber keine Nazis. Sie hatten in der Regel einen hohen Bildungsstand. Ihre Befähigung zur Ausbildung stand außer Frage. Sie haben auch die Aufgabe auszubilden in der Überzeugung rechtsstaatsgemäßen Handelns erfüllt.

Aber: Diese ideologiefreien und auch rechtstreuen Beamten hatten einen erheblichen Mangel. Es war ihr tradiertes, schon aus dem Kaiserreich stammendes



Rollenverständnis von der Polizei. Ein Rollenverständnis, das mehr einem militärischen als einem polizeilichen glich. Nach diesem Rollenverständnis bestimmte die Polizei im Spiel der Kräfte zwischen Staat und Gesellschaft den staatsfreien Raum. Die Ansammlung von Bürgern war per Definition eine Gefahr. Der Polizeibeamte war ein Vertreter des Staates, der stets Staatsinteressen durchzusetzen hatte.

### Folgen:

Da in jedem Beruf die Rollenorientierung in der Ausbildung erfolgt, bekamen die jungen Polizeibeamten zwangsläufig das ihnen von Militärs vermittelte Rollenverständnis. Nach diesem Rollenverständnis

der falsche Adressat. Er hatte nach eigener Überzeugung recht-staatsgemäß gehandelt, weil er so gehandelt hat, wie er es in seiner Ausbildung gelernt hatte.

### Aussage Andreas Mix

Andreas Mix setzt in seinem Beitrag dieses tradierte, aber falsche Rollenverständnis der Polizei mit den Regeln des NS-Staates gleich und folgert, dass die Polizei der fünfziger und sechziger Jahre „kontinuierlich“ im Geist nach den Regeln des NS-Staates ausgebildet worden sei.

Das ist ein grundlegender Irrtum. Richtig ist zwar, dass es in der Bundesrepublik nach 1945 eine sehr hohe personelle Kontinuität zum NS-Staat gegeben hat, insbesondere in der Justiz und in den Ministerien. Das trifft aber nur im sehr begrenzten Maß für die Polizei zu. Die Polizei-Eliten des NS-Staates waren entweder auf der Flucht nach Südamerika oder sie befanden sich in Eselheide (Lager in der Senne bei Paderborn) und warteten auf ihr Spruchkammerverfahren. Die von Andreas Mix genannten Fälle (und andere mehr) sind zwar unbestritten. Sie hatten aber keinen Einfluss auf Ausbildung und Entwicklung der Polizei. Sie waren in erster Linie damit beschäftigt, ihre Vergangenheit zu vertuschen oder vergessen zu machen.

Ganz anders sah es mit den NS-Eliten aus den Ministerien aus. Ihr Einfluss auf die Entwicklung der Polizei war maßgebend, insbesondere zur Verfestigung des tradierten Rollenverständnisses. Hier können von vielen nur wenige Beispiele aufgezeigt werden:

- So versuchten die NS-Eliten aus den Ministerien ihre jeweiligen Minister zu überzeugen, dass die Polizei den Kombattantenstatus haben müsse (die GdP

konnte das mit Hilfe von Rechtsgutachten renommierter Verfassungsrechtler verhindern).

- Sie verhinderten über Jahrzehnte polizeitypische Waffen und bestanden auf Maschinengewehr, Granatwerfer und Handgranaten und die Ausbildung daran.
- Sie verhinderten eine angemessene Ausbildung der Beamten des gehobenen und höheren Dienstes auf Hochschulbasis mit dem Argument, dann könnten ja auch Kommunisten studieren.
- Sie erließen eine Prüfungsordnung, aus der sich ergab, dass keiner eine Prüfung bestehen kann, der in dem Fach PV nicht ausreichende Leistungen hat. Und ausreichende Leistungen konnte man nur mit dem tradierten Rollenverständnis bekommen.
- Als Prüfungsvorsitzende für den höheren Dienst verlangten sie Aussagen zur Feuerstellung für Waffen, die für die Verwendung in der Polizei aus verfassungsrechtlichen Gründen unzulässig war.
- Und schließlich sorgten Sie für ein Gutachten zum Berufsbild der Polizei,<sup>8</sup> das in 7 Bänden den bestellten Nachweis erbringt, dass die Polizei ein Militärberuf sei, dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unterliege, die Beamten ungebildet sein müssten, weil gebildete Menschen nicht die Drecksarbeit eines Polizisten machen können (etc.).

Es wäre sehr verdienstvoll für Historiker, auch das alles zu erforschen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

*Dr. Kurt Gintzel*

### Fußnoten:

1. Wolfgang Schulte, Mariana Hausleitner, Andreas Mix, Florian Dierl und Martin Hölzl, in: Die Polizei 2009, S. 268
2. In der Britischen Zone eine fast angelsächsische Struktur.
3. Ich war ab Februar 1947 Polizeibeamter in Bielefeld.
4. Wolzendorff, Der Polizeigedanke des modernen Staates, Breslau 1880, S. 251.
5. Die Quelle hierfür ist leider nicht mehr in meinem Besitz. Für einen Historiker dürfte es aber nicht schwer sein, sie zu ermitteln.
6. Die Polizeischule, Eine soziologische Studie, Dissertation Köln 1933.
7. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen, vom 11.5.1951 BGBl. I S. 307.
8. Das Berufsbild des Polizeivollzugsbeamten, Gutachten im Auftrage der ständigen Konferenz der Innenminister, erstattet von Helfer und Siebel, Saarbrücken 1975.



**Die Ausstellung wurde bis zum 28. August 2011 verlängert.  
Prädikat aus GdP-Sicht: unbedingt sehenswert!**

nis verstand sich der Beamte nicht mehr als Mittler zwischen Bürger und Staat, sondern als ein Kontrahent des Bürgers, der aus welchen Gründen auch immer sich in einem Konflikt befand.

Dieses Rollenverständnis war Ursache für viele nicht optimal verlaufende Einsätze in den 60er Jahren. Einsätze, die zu Recht in der Öffentlichkeit kritisiert wurden. Der Kritisierte war aber immer



## Angemerkt

*Liebe Seniorinnen und liebe Senioren,*

mich bringt immer wieder die gepflegte Volksmeinung auf die Palme: „Pensionäre gelten als privilegiert. Sie haben keinen Cent in ihre Altersvorsorge eingezahlt und kassieren hohe Ruhestandsgehälter, die langfristig die öffentlichen Haushalte in den Ruin treiben.“ Ein „schönes Bild“ um Stimmung zu machen gegen die, die dem Staat dienen/gedient haben. Bitter, sich als Schmarotzer fühlen zu sollen.

Wir erinnern uns: 1951 wird in der Begründung zum Entwurf eines Bundesbeamtengesetzes formuliert: „Die Höhe der Besoldung ist gerade mit Rücksicht auf die Versorgung niedrig gehalten; die Beamten sind daher nicht in der Lage, irgendwelche Beiträge zu ihrer Altersversorgung zu leisten. Andererseits kann die Besoldung nicht zu diesem Zwecke erhöht werden, insbesondere dann nicht, wenn es dem Beamten freigestellt sein



Anton Wiemers

soll, den Mehrbetrag zur freien Verfügung zu entnehmen und sich mit einer geringeren lediglich auf den Beiträgen des Dienstherrn aufgebauten Versorgung zu begnügen.“

Es ist also richtig wenn gesagt wird, dass die Beamten nichts einbezahlt haben. Um einbezahlen zu können, hätte der Dienstherr auszahlen müssen. Das hat er zu Recht als Unsinn gesehen und den für die Altersversorgung vorgesehenen Betrag, nämlich 7 % als Arbeitnehmeranteil, gleich einbehalten. Und das ist der Betrag der tatsächlich eingezahlt wurde, nur nicht im Sinne des Wortes. Die Beamten haben ihren Anteil zur Altersversorgung sehr wohl geleistet. Frage: Wie hoch kann denn nach dieser Fiktion das Ruhegehalt ausfallen? Das kann man errechnen, wenn man sich entsprechender Zins- und Zinseszinsberechnungen bedient.

Man kann zwei Varianten wählen und kommt aus meiner Sicht zu einem erstaunlichen Ergebnis. Variante eins: Man legt einen Betrag einmalig an. Variante zwei: man bedient ein entsprechendes Konto mit monatlich festen Beträgen.

Variante eins konkret: 100.000 Euro auf 40 Jahre bei 4 % festgelegt ergäben 480.102,06 Euro; Variante zwei konkret: 250 Euro monatlich. 1%-ige jährliche Dy-

namik, 40 Jahre Laufzeit bei 4 % Zinssatz ergeben 344.163,02 Euro

Volkswirtschaftlich müssen beim tatsächlichen Renteneintritt mit 62 Jahren und einer Lebenserwartung für Männer mit 77 insgesamt 15 Versorgungsjahre abgedeckt werden. Wenn man mtl. 2.500 Euro entnehmen will und das angesammelte Kapital weiter mit 4 % verzinst wird, dann braucht man für diese fünfzehn Jahre den Betrag von 340.778,57 Euro. Und diese Summe kann auf den genannten Wegen entstehen.

Dies ist eine laienhaft berechnete Überlegung, was der Staat versäumt hat und was für die Zukunft geschehen muss. Eins sollte klar sein: Der Staat sollte aufhören, sich bei denen zu bedienen, die ihm dienen/gedient haben. Es gibt ergiebigere Quellen, um die Einnahmenseite zu verbessern. Mehr Personal bei den Finanzämtern, den Ermittlungsbehörden wie Polizei und Staatsanwaltschaft sowie bei der Justiz. Aber das erfordert Mut. Mut, den Finanzräubern und Staatszerstörern die Stirn zu bieten. Diesen Mut sollten wir haben, denn wir sind alle in der Verantwortung, unsern Staat vor der Zerstörung zu schützen.

Anton Wiemers,  
Bundesseniorenvorsitzender

## Kampf um die Rechte der Senioren

### Arbeitstagung der süddeutschen GdP-Senioren in Sachsen

Es ist immer ein besonderes Ereignis, wenn sich die süddeutschen GdP-Senioren (Landesvorsitzender und ein Vertreter) einmal im Jahr zu einer Arbeitstagung treffen. Das ist kein besonderes Kaffeekränzchen, es ist aber eine Gemeinschaft von Menschen, die sich verbunden fühlen und die etwas tun wollen für ihre Kollegen/innen im Ruhestand. Die Länder Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Sachsen und das Bundeskriminalamt gehören zu diesem Kreis. Von rund 170.000

GdP-Mitgliedern in Deutschland gehören etwa 40.000 zu den Senioren/innen; das sind mehr als 20 Prozent aller Mitglieder. Das darf man nicht vergessen, wenn man über die Frage der Seniorenarbeit und die Rechte der Senioren in unserer Organisation redet.

#### Treffen in Augustusburg

In diesem Jahr trafen sich die Senioren in Augustusburg in Sachsen. Dabei

gehörte natürlich auch ein Besuch von Schloss Augustusburg zum Programm. Es ist immerhin eine der bedeutendsten Renaissanceanlagen Deutschlands. Darin ist unter anderem ein besonderes Tiermuseum untergebracht aber auch das größte Motorradmuseum der Republik, das jedes Jahr viele tausend Biker anzieht. Nicht zu vergessen ist auch der Kerker, wo man anhand der ausgestellten Geräte und der Bilder anschaulich erkennen kann, wie grausam die Gerichtsbarkeit im Mittelalter war. Sehr angenehm empfanden alle



Senioren auch den Aufenthalt im Hotel Kunnerstein, dem Tagungsort der GdP Sachsen. Gelobt wurden dabei vor allem das reichhaltige und abwechslungsreiche Essen und die Freundlichkeit des Personals.

## Richtlinien für Senioren

Die Frage, ob man Richtlinien für Senioren bundesweit vereinheitlichen sollte, stand im Mittelpunkt der Diskussion dieser beiden Tage. Es ging aber auch darum, wie man die Seniorenarbeit insgesamt verbessern könne. Nicht überall in den Ländern laufe sie gleich gut, aber nicht überall will man auch organisatorisch die gleiche Anbindung. Trotzdem wollen die GdP-Senioren in vielen Ländern „weiter oben“, also in den geschäftsführenden Vorständen vertreten sein. Deshalb wurde auch eine Aufstellung von Klaus Kulick, Vorsitzender der Berliner Senior/innen, lobend erwähnt, in der er versucht, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten darzustellen. Thema war auch, wie die Senioren/innen ihrem Mitgliedsanteil entsprechend in den Bundes- und Landesdelegiertentagen vertreten sein könnten. Da gäbe es noch viel Arbeit. Es gehe nicht an, dass Senior/innen einfach als Beitragszahler geführt würden. Heinz Blatt (Rheinland-Pfalz) und Arthur Jung (Saarland), ehemalige Bundes-Seniorenvorsitzende, machten aber deutlich, dass sich in den vergangenen Jahren doch einiges verbessert habe. Im Hinblick auf einen geplanten Satzungskongress des Bundes im Jahr 2013 müsse man rechtzeitig die Anliegen einbringen und über die Landesbezirke entsprechende Anträge stellen. Vergessen dürfe man auch nicht, dass durch die Föderalismusreform immer mehr Verantwortung auf die Landesbezirke übergegangen sei.

## Seminare sind wichtig für Senioren

Alle Besprechungsteilnehmer hoben auch die große Bedeutung der Seminare für Senioren/innen und besonders das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ hervor. Im einen oder anderen Landesbezirk müsste die Arbeit in den Kreisgruppen (KG) verstärkt werden, meinte beispielsweise Johannes Dieter,

so auch in seinem Land Thüringen. Erfreulich sei allerdings, dass die Senioren bei Demos und Aktivitäten der KGen anzutreffen seien. Auch die Betreuung

notwendig, die „Neuen“ in der Polizei zu überzeugen, in die GdP zu kommen und für ihre Rechte zu kämpfen. Was einem einmal weggenommen worden sei,



**Die Teilnehmer am „Süddeutschen Treffen“ der GdP-Senioren aus Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Sachsen und vom Bundeskriminalamt vor dem Hotel Kunnerstein in Sachsen.**  
Foto: Norbert Weinbach

bei Großeinsätzen werde vielfach durch Senioren geleistet.

## Bedeutung der Seniorenarbeit hervorheben

Werner Fischer (Baden-Württemberg) vertrat die Auffassung, dass man die Bedeutung der Seniorenarbeit in der GdP und für die GdP-Mitglieder – auch die „Aktiven“ – mehr hervorheben müsse. Das sei insbesondere in Flächenländern nicht immer einfach. Seniorenprobleme würden oft bei den im Beruf stehenden Kolleginnen und Kollegen nicht wahrgenommen. Auch Fischer unterstrich, dass die Delegiertenfrage nicht einfach zu lösen sei, da eine „Mehrheit“ in den entscheidenden Gremien und Landesdelegiertentagen überzeugt werden müsse. Durchgesetzt werden müsse aber – da waren sich alle einig –, dass wenigstens der Landesseniorenvorsitzende als ordentlicher Delegierter zum Bundeskongress nominiert wird. Wichtig sei auch, die Kolleginnen und Kollegen nach Eintritt in den Ruhestand davon zu überzeugen, ihre Erfahrungen, neudeutsch: ihr „Know-how“, an junge Mitglieder weiter zu geben, die oft außer Schule und Studium keinen ausreichenden beruflichen Hintergrund hätten. Es sei aber auch

bekomme man im Regelfall nicht wieder. Ein Beispiel sei die Pensionsberechtigung der Polizeizulage. Bei der Einstellung neuer Polizeianwärter müsse man deshalb versuchen, an diese „ran zu kommen“. Dabei seien Gesprächskreise nützlich, auch mit Einbindung der Senioren. Wichtig sei auch die Teilnahme an Aktivitäten der Jungen Gruppe.

## Empfehlungen an den Bundesseiniorenvorstand (BSV)

Das „Süddeutsche Treffen“, 1998 unter dem damaligen Bundesvorsitzenden Hermann Lutz ins Leben gerufen, sei ein Diskussionsgremium, dessen Ergebnisse in den Bundesvorstand eingebracht werden müssten, hob Heinz Blatt hervor. Die Teilnehmer des „Süddeutschen Treffens“ empfehlen deshalb dem BSV, sich dafür einzusetzen, entsprechend dem Mitgliederanteil der Senioren auch die Zahl der Delegierten zu bestimmen. Es wurde auch erörtert, ob die Organisation der GdP geändert werden solle und wie. Als Drittes empfahlen die Senioren dem BSV, sich dafür einzusetzen, dass auch Senioren/innen in die Findungskommission für den Satzungskongress 2013 aufgenommen werden.

Norbert Weinbach/H. Werner Fischer





## Strafrecht für Polizeibeamte

Die Anwendung des Strafrechts gehört zu den Kernkompetenzen aller Polizeibeamten im rechtswissenschaftlichen Bereich. Dieses Buch ergänzt den bereits erschienenen Band 1, der neben einer Einführung zum Thema die Straftat und Delikte gegen Personen beinhaltet. In Band 2 handelt der Autor nun Delikte gegen das Vermögen und Delikte gegen Gemeinschaftswerte ab.

In seiner Struktur knüpft dieses Buch an die verständliche und didaktisch-methodisch geschickt aufbereitete Darstellung des ersten Bandes nahtlos an. Auch hier findet der Leser schematische Übersichten nebst Definitionen, die den Erläuterungen der einzelnen Straftatbestände vorangestellt



insbesondere die neuen polizeilichen Bachelor-Studiengänge erfordern. Durch „Klausur- und Praxishinweise“ werden zudem hilfreiche Tipps für Studierende sowie für interessierte Polizeipraktiker gegeben.

Übersichtlich und gut lesbar ermöglicht diese Darstellung damit eine schnelle Einarbeitung in die Thematik wie auch eine effektive Prüfungsvorbereitung. Unterstützt wird dies nicht zuletzt durch das lern- und lesefreundliche Layout.

**Strafrecht für Polizeibeamte, Band 2: Delikte gegen das Vermögen und gegen Gemeinschaftswerte, Dr. Holger Nimtz, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR, 1. Auflage 2010, 303 Seiten, 19,90 Euro, 33,50 sFr., ISBN 978-3-8011-0647-8**

## Korruption – Wie eine Hand die andere wäscht

Korruption ist eine Herausforderung für die Gesellschaft. Zahlreiche Skandale in deutschen Vorzeigeunternehmen zeigen, dass Korruption auch in Deutschland stellenweise zu einem Element normaler Geschäftspolitik avanciert ist. Dabei sind die negativen Auswirkungen von Korruption auf Wirtschaft und Gesellschaft verheerend und weitgehend bekannt. Korruption steht wichtigen Staatszielen entgegen und konfliktiert mit langfristigen ökonomischen Zielen in Unternehmen. In der Praxis besteht deshalb ein großer Bedarf an wirksamen Präventionsmaßnahmen. Bislang fußt die Prävention jedoch auf theoretischen Konzepten ohne ausreichende empirische Absicherung. Obwohl bekannt ist, dass auch Personenfaktoren einen maßgeblichen Einfluss auf menschliches Verhalten besitzen, werden bei Präventionsmaßnahmen gegen Korruption zumeist nur Situationsfaktoren berücksichtigt, beispielsweise die Entdeckungswahrscheinlichkeit. Dafür gibt es einen simplen Grund: Über personelle Einflussfaktoren korrupten Verhaltens ist derzeit zu wenig bekannt.



Genau an dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit an. Mit einem experimentellen Versuchsdesign wird der Einfluss verschiedener Personen- und Situationsfaktoren auf die Bereitschaft untersucht, korrupt zu handeln und korruptes Verhalten anzuzeigen. Für die Korruptionsprävention sind die Ergebnisse vielversprechend. Sie erweitern den gegenwärtigen Forschungsstand um Erkenntnisse über Personenfak-

toren und geben Anlass, die Relevanz von Situationsfaktoren zu überdenken.  
**Korruption – Wie eine Hand die andere wäscht, Felix Schön, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, 208 Seiten, 29,80 Euro, ISBN 978-3866761575**

toren und geben Anlass, die Relevanz von Situationsfaktoren zu überdenken.

**Korruption – Wie eine Hand die andere wäscht, Felix Schön, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2011, 208 Seiten, 29,80 Euro, ISBN 978-3866761575**

## Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – Basiskommentar zum TVöD

Die Tarifrunde 2010 im öffentlichen Dienst bringt für die rund 2 Millionen Beschäftigten des Bundes und der Kommunen zahlreiche Neuerungen mit sich. Die Neuauflage des Basiskommentars berücksichtigt alle Änderungen im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und in den Überleitungstarifverträgen.

Die Schwerpunkte der Tarifrunde 2010:

- stufenweise Anhebung der Gehälter
- Erhöhung des Leistungsentgelts
- flexible Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte
- befristete Übernahme-garantie für Auszubildende nach erfolgreicher Abschlussprüfung

Im Mittelpunkt stehen Erläuterungen zum Allgemeinen Teil des Tarifvertrages und der Überleitungstarifverträge. Vorschriften des Besonderen Teils sind nur berücksichtigt, soweit sie für die öffentliche Verwaltung von Bedeutung sind.

**Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – Basiskommentar zum TVöD, Reihe: Basiskommentar, Axel Görg, Martin Guth, Wolfgang Hamer, Bund Verlag, 4. Auflage, 2010, 464 Seiten, 34,90 Euro, ISBN 978-3-7663-6021-2**



Deutsche

# Polizei

Nr. 8 • 60. Jahrgang 2011 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222

**Homepage des Bundesvorstands der GdP:** www.gdp.de

**Redaktion Bundesteil:** Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)

**Gewerkschaft der Polizei,** Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,

**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113 Fax (030) 39 99 21 - 200

**E-Mail:** gdp-redaktion@gdp-online.de

**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.

Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

**Titel**

Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



**Verlag:**

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Anzeigenverwaltung**

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,

Fax (0211) 7104-174

**E-Mail:** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**

Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**

Antje Kleufer

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33

vom 1. Januar 2011



**Druckaufgabe dieser Ausgabe:**

174.679 Exemplare

ISSN 0949-2844

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG, DruckMedien

Marktweg 42-50, 47608 Geldern,

Postfach 1452, 47594 Geldern,

Telefon (02831) 396-0, Fax (02831)

89887

